

# Metallarbeiter-Zeitung.

## Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

### Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.  
Reichspost-Zeitungsliste Nr. 5047 a.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.  
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Dillstraße Nr. 16b.  
Telephonruf Nr. 3392.

**Inserts**  
für die sechsgespaltene Colonne ober deren Raum 80 Pf.  
Bei Wiederholungen Rabatt.

## 150000

und mehr Exemplare beträgt die Auflage der vorliegenden Nr. 21 der Metallarbeiter-Zeitung. Als wir in Nr. 38 vom Jahre 1900 eine Auflage von 100000 anzeigten, erwarteten wir nicht, daß wir in so kurzer Zeit schon eine so gewaltige Zunahme verzeichnen können. Die Verhältnisse sahen damals nicht so aus, daß man sich mit großen Hoffnungen tragen konnte. Am Wirtschaftshimmel hingen düstere Wolken, die Krise war hereingebrochen. Und doch, trotz alledem dieser erstaunliche Fortschritt! Er ist das Ergebnis treuer und hingebungsvoller Arbeit der Kollegen, die, nicht achtend Hindernisse und Verfolgungen aller Art, ihre Kraft für die Organisation eingesetzt haben. Dank schulden wir aber auch unseren Freunden, den Feinden, die mit immer weniger Scheu ihre arbeiterfeindlichen Pläne enthüllen, indem sie brutale Maßregeln über die Arbeiter verhängen und diese dadurch zur Erkenntnis ihrer Interessen, ihrer Klassenlage bringen.

Vorwärts richten wir den Blick, denn an dem Erreichten dürfen wir uns nicht genügen lassen. Hunderttausende unserer Kollegen stehen noch abseits. Diese müssen noch gewonnen werden, je früher desto besser. Wir müssen uns das Ziel setzen, die Auflage des Verbandsorgans und die Mitgliederzahl des Verbandes in zwei Jahren auf mindestens 200000 zu steigern. Dies wird uns gelingen, wenn jeder sich der Aufgabe bewußt ist, die unser Verband zu erfüllen hat. Unsere Parole lautet immerdar:

**Vorwärts!**

## Gewerkschaft und Reichstagswahl.

Wie immer man sich auch zu der alten Streitfrage stellen mag, ob die Gewerkschaften sich auch mit politischen Dingen befassen sollen oder dürfen, man wird ihnen das Recht und das Interesse daran, inwieweit bedeutendere politische Vorgänge für die Lebensfragen der Gewerkschaften entscheidend seien oder werden, nicht absprechen können. Ein solcher Vorgang bedeutendster Art ist die diesjährige Neuwahl des deutschen Reichstags, dessen Gesetzgebungsperiode bekanntlich fünf lange Jahre dauert.

Für die Gewerkschaften liegt nun die Frage äußerst nahe, ob und eventuell inwieweit sie von dem Ausfall dieser Wahlen berührt werden.

Nehmen wir an, es würde den bürgerlichen Parteien gelingen, die sozialdemokratische Partei ein gut Stück hinter die von ihr jetzt eingenommene Linie zurückzudrängen. Wie die Dinge in Deutschland im Augenblick liegen, kann kein Zweifel sein, daß für diesen Fall die Pläne der Sozialdemokraten im Reichstag nicht von den Freisinnigen, sondern in der Mehrzahl von den noch mehr rechtsstehenden Parteien eingenommen würden, abgesehen davon, daß auch eine Vermehrung der freisinnigen Mandate bei den für die Arbeiterwelt wichtigeren Fragen keine günstigere Bedeutung für die Arbeiter hätte.

Was hätten nun die Gewerkschaften von dem Kongert der bürgerlichen Parteien zu erwarten, wenn diese sich in der Harmonie, wie beim Zolltarif, noch in stärkerer Beziehung zusammenfinden könnten?

Zunächst würde alles versucht werden, die Handelsverträge, welche sehr bald als Vorlagen an den Reichstag gelangen dürften, zu hintertreiben. Gelingt es nicht, so wird der Zolltarif mit seinen enorm hohen Sätzen, wie er ausgangs vorigen Jahres von den Zollwucherparteiern mit bisher unerhörten Mitteln durchgedrückt wurde, Geltung gewinnen und uns in der Folge in den Zollkrieg mit fast allen wichtigeren Ländern bringen. Aber selbst wenn es zu Handelsverträgen käme, so würden in denselben gerade in Bezug auf die wichtigsten Importartikel so hohe Zollsätze vorgeesehen sein, daß die Lebenshaltung des Arbeiters schon dadurch erheblich beeinträchtigt, überdies aber auch die Gegenländer für unsere wichtigeren Industrieprodukte sich höhere Zollsätze ausbedungen haben würden, als für die Räumung unserer überfüllten Warenlager und die Neubebung des deutschen Geschäftes gut sein könnte. Der Druck, der auf unserem Wirtschaftsleben lastet, hat aber einen solchen Umfang der Arbeitslosigkeit zur Folge, daß auch der Preis der Arbeit mehr und mehr gedrückt wird und der Widerstand der Arbeiter bis zu einem gewissen Grade gegen Lohnabdruck und dergleichen abzukommen neigt. — Ein Zustand, der mit der Dauer an Intensität wächst. Es ist bekannt, daß in Zeiten wirtschaftlicher Depression auch die bestundierten Organisationen gar manche Errungenchaft besserer Tage oder schwerer Kämpfe schwinden sehen und die Wiedereinbringung des Verlorenen auf günstigere Zeiten verschieben müssen.

In solchen Perioden finden wir natürlich auch eine bedeutendere Zahl flüchtigerer Arbeiter auf der Wandererschaft als sonst, was für die Gewerkschaften eine erhebliche Vermehrung ihrer Ausgaben für Reiseunterstützung bedeutet, andererseits gehen in solchen Perioden den Gewerkschaften auch viele Mitglieder verloren, die die Beiträge nicht erschwingen zu können glauben.

Sind die Gewerkschaften also mit der Zahl ihrer Mitglieder, mit den Beiträgen derselben und mit den Aufwendungen für dieselben, mit Umfang und Intensität ihrer Tätigkeit sehr wesentlich von dem allgemeinen Wirtschaftsleben beeinflusst, so haben sie nicht nur ein lebhaftes Interesse daran, daß nichts unterlassen werde, was die Märkte zur Aufnahme von Waren fähiger machen oder neue Kräfte gewinnen könnte, sondern mindestens in dem gleichen Maße auch daran, daß alles unterbleibe, was den Druck der Massen sogleich ins ungeheuerliche steigert. Es gehört gar nicht allzuviel dazu, die bürgerlichen Parteien doch insoweit zu einer reaktionären Masse zusammenzubringen, daß Forderungen, die das Proletariat seit langem auf das entschiedenste bekämpft und die doch immer wieder von der Regierung durchgedrückt werden, auch in neuen Reichstag wieder eine neue und gefügige Mehrheit finden. Wenn die sozialdemokratische Partei nicht eine erheblich größere Zahl von Mandaten gewinnt als sie zur Zeit inne hat, so werden ein neues Armeekorps, neue Artilleriebewaffnung und Vermehrung der Kavallerie sowie neue Schiffstolosse und andere Ansummen erfordernde Gaben dem unersättlichen Moloch Militarismus in den nächsten Jahren gewährt werden. Die Kosten für diese Bewilligungen sind aus den Matrikularbeiträgen der Bundesstaaten und vorhandenen Steuerquellen des Reiches nicht aufzubringen, umsonsten, als dieselben bei der allgemeinen wirtschaftlichen Kalamität auch an Ergiebigkeit erheblich zurücktreten, andererseits liegt den reaktionären Parteien nichts ferner, als ihre Freigebigkeit durch eine Reichseinkommensteuer zu fundieren.

Vielmehr werden sie sich, wenn sie irgend können, von neuem auf die Produkte und Rohstoffe der Tabak- und der Branndindustrie stürzen und so die wenigen, ohnehin schon kärglichen, dem Genusse, der Erholung und notwendiger Anregung dienenden Mittel dem Arbeiter verteuern beziehungsweise verschlechtern, wobei noch nicht einmal ausgeschlossen wäre, daß je nach Macht und Reigung jener Parteien auch noch andere wichtige Bedarfsartikel der Arbeiterfamilie zu gleichen Zwecken von neuem herhalten müßten. Die so herbeigeführte weitere Beeinträchtigung der Lebenshaltung würde von den Gewerkschaften ebenso empfunden werden wie diejenige, welche durch Verschlechterung des Weltmarktes erfolgt.

Aber es gibt noch andere Gruppen der Gesetzgebung, durch die das Lebensinteresse der Gewerkschaften noch erheblich mehr beeinträchtigt werden kann. In der neuen Gesetzgebungsperiode wird — das ist zweifellos — die Revision des Reichsstrafgesetzbuches vorgenommen werden. Nichts steht im Wege, daß zur Zeit in besonderen Gesetzen behandelte Strafbestimmungen ganz oder teilweise — auch nach Macht und Reigung der Parteien — in das neue Gesetzbuch hinübergenommen werden. Von den hier in Betracht kommenden Momenten seien nur drei hervorgehoben.

Was ist nicht schon alles versucht worden, um den sogenannten Streitposten den Garaus zu machen?! Es ist nicht gelungen. Eine reaktionäre Mehrheit würde indes, ohne mit der Wimper zu zucken, durch entsprechende Fassung des Paragraphen betreffend den „groben Unfug“ oder noch schwerer wiegender Bestimmungen des Reichsstrafgesetzbuches (Beleidigung, Widerstand, Landfriedensbruch, Nötigung, Hausfriedensbruch) das Streitpostenfehen durch so harte Strafen bedrohen, daß es doch wohl unterbleiben müßte.

Ferner, der § 155 der Gewerbeordnung,\* der heute schon die Arbeitnehmer gegen die Arbeitgeber zurücksetzt und nur erstere in seinen Maschen hängen bleiben läßt, paßt unsern Scharfmachern schon nicht, weil er „nur“ drei Monate Gefängnis als Höchststrafe vorsieht, wie ja auch bekanntlich die Umsturz- und Zuchthausgesetzbücher eine erhebliche Verschärfung dieser Strafe vorgeesehen hatten. Wer will die Reaktionäre, wenn sie im Reichstag in der Mehrheit sind, daran hindern, diese Materie durch das Reichsstrafgesetzbuch in einer ihren Wünschen mehr zusagenden Weise zu regeln?!

Und — zum dritten — wer wird für diesen Fall die reaktionäre Masse im Parlament hindern, die schon unternehmenen Versuche, den Erpressungsparagraphen des Strafgesetzbuches bei Lohnkämpfen in Anwendung zu bringen,

\* Wer andere durch Anwendung körperlichen Zwanges, durch Drohungen, durch Schreckung oder durch Betrübselung (§ 152) teilzunehmen, oder ihnen Folge zu leisten, oder andere durch gleiche Mittel hindern oder zu hindern versucht, von solchen Verabredungen zurückzutreten, wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft, sofern nach dem allgemeinen Strafgesetze nicht eine härtere Strafe eintritt.

die stellenweise schon gelungen sind, aber heute noch auf schwacher Basis stehen und einer weitgehenden Auslegungsfunktion nicht entraten können, für die Zukunft gesetzlich so zu fundamentieren, daß dieser Paragraph ohne Schwierigkeiten der Auslegung bei der Vernichtung des Koalitionsrechtes die „besten“ Dienste leisten könnte?!

Ganz gleichgültig kann es den Gewerkschaften auch nicht sein, ob ihre Agitatoren und die Redakteure ihrer Presse, auch ihre Mitglieder, die im Kampfe um ihr gutes Recht in den Maschen der Strafgesetze hängen bleiben, wie gemeine Verbrecher in den Gefängnissen und auf dem Transport behandelt werden. Die Frage des Strafvollzugs wird bei der Revision des Strafgesetzbuches auch zur Erörterung gelangen und an ihrem Ergebnis ist somit jede Gewerkschaft auch erheblich interessiert.

Endlich werden die bürgerlichen Mehrheitsparteien bei solchen Erfolgen sich sicherlich Mühe geben, den Hauptzug zu tun, den sie seit langen Jahren inbrünstig herbeisehen. Sie werden sich in solchen Falle gar nicht besinnen, dem deutschen Volke das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht zu nehmen, wie es noch dieser Tage durch die Kreuzzeitung deutlich genug geworden ist. In Beziehung auf die Frage der Abschaffung der geheimen Abstimmung zur Zeit Puttkamers in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts äußerte sich das genannte Junkerorgan:

„Die Konservativen haben damals gegen eine solche Änderung des Reichstagswahlrechtes keinerlei Einspruch erhoben. Wenn konservative Reichstagsabgeordnete sich mehrfach anders ausgesprochen haben, so haben sie doch niemals gesagt, daß das gegenwärtige Reichstagswahlrecht für sie „unantastbar“ sei. Sie haben in der Regel auf Anfragen nur erklärt, daß sie zur Zeit eine Abänderung desselben nicht herbeigeführt sehen wollen.“

Wenn dieser Zug, die Beseitigung des jetzigen Wahlrechtes, glücken würde, so würden die Gewerkschaften sehr bald ganz empfindlich merken, daß sie die Kosten dieses Fischzugs zu einem sehr guten Teile zu tragen haben. Denn mit einem Klassenwahlrecht, wie es in Sachsen und Preußen besteht, würde ein Reichstag zusammenkommen, der mit herzlichem Vergnügen das Koalitionsrecht illusorisch machen, vielleicht den § 152 der Gewerbeordnung, das heißt die Koalitionsfreiheit der Arbeiter ganz aufheben würde. Man bilde sich nicht etwa ein, daß das unter allen Umständen für Deutschland ausgeschlossen sei. Würde die sozialdemokratische Partei auch nur einmal an Mandaten erheblich verlieren, so würden die reaktionären Parteien diese gute Gelegenheit gründlich ausnützen, daß sie vor nichts zurückschrecken, haben sie durch ihre Gewaltakte bei der Durchpeitschung des Zolltarifs gezeigt, und es hat auch schon damals nicht an Stimmen auf jener Seite gefehlt, daß man mit dieser „kleinen“ Probe zeige, wie es anzufangen sei, um sich über die beiden Kardinalfragen Wahlrecht und Koalitionsrecht mit der Arbeiterschaft auseinanderzusetzen.

Und ein solcher Rückschlag kann — wenn auch nur vorübergehend — für die sozialdemokratische Partei eintreten, wenn ihre Anhänger sich zu großer Siegeszuversicht hingeben. Siegeszuversicht erhöht den Mut, sie gibt aber keinem das Recht, die eigene Pflicht zu veräußern.

Wenn die sozialdemokratische Partei ungefähr so stark wie bisher in den neuen Reichstag einzieht, so wird sie das geltende Wahlrecht und die Koalitionsfreiheit der Arbeiter wenigstens nach dem Wortlaut des Gesetzes, auch härtere sich gegen das Koalitionsrecht richtende Strafbestimmungen zu verhüten wissen, während sie auf wirtschaftlichem Gebiet den Abschluß von Handelsverträgen durchsetzen würde.

Aber das ist nicht genug. Wenn die ungeheuren neuen Forderungen für Heer und Marine und neue erhebliche indirekte Steuern, deren schwere Nachteile für die Gewerkschaften wir hier erörtert haben, abgewehrt werden sollen, so muß die Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten erheblich größer werden. Nur dann wird es auch möglich sein, bei der Revision des Strafgesetzbuches die Interessen der Gewerkschaften in positiver Weise zu berücksichtigen. Vor allem aber würden dann unserer gesamten Wirtschaftspolitik neue Bahnen gewiesen werden, die zur rascheren Überwindung der Krise und so zur Verringerung der Arbeitslosigkeit führen würden. Würde sich somit auch die wirtschaftliche Situation des Proletariats heben, so würden dadurch auch die Gewerkschaften innerlich erstarren und an Wirkungskraft gewinnen.

Soll aber die sozialdemokratische Partei bei den diesjährigen Wahlen einen großen Zuwachs von Mandaten erhalten, dann müssen freilich alle wahlfähigen Männer, die sich in den Gewerkschaften befinden, dann müssen alle, die die Gewerkschaften nicht als Spielzeug betrachten, die es mit dem wirtschaftlichen, physischen, intellektuellen Fortschritt der Arbeiterklasse eheulich n.e. ohne jeden Rückhalt am 16. Juni für die sozialdemokratischen Kandidaten stimmen.

Nur so wird es der sozialdemokratischen Partei möglich sein, die bisherigen Mandate wieder zu gewinnen...

Aus der Schweiz.

In den letzten Monaten fanden in den verschiedenen Berufen und an verschiedenen Orten Lohnkämpfe statt, eine ganze Anzahl derselben sind gegenwärtig noch in der Schwebe.

Ein großer Streik von 2000 Maurern und Handlangern in Basel, von denen aber nur circa 350 organisiert waren...

Eine noch fünfmonatlicher Dauer erfolgreich durchgeführte Lohnbewegung des Personals der Gotthardbahn...

Auch die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Arbeiter der schweizerischen Bundesbahnen wurden neu geregelt...

sind, in offenbar nicht geringe Aufregung und flugs begab sich ein dreiblättriges Kleeblatt zum Verwaltungsratspräsidenten der Bundesbahnen...

Die nun beschlossenen Reglements unterscheiden ständige Arbeiter und Hilfsarbeiter, je nachdem sie mit vierzehntägiger Kündigung oder ohne jegliche Kündigungsfrist angestellt sind.

Table with 4 columns: Lohnhöhe für eine Arbeitsstunde, and 3 rows for different worker classes (I, II, III).

Die Verbesserung der Löhne der definitiven Arbeiter beträgt nach je zwei abgelaufenen Jahren bis zur Erreichung des ordentlichen Maximums für die I. Klasse 4 Cts. per Arbeitsstunde...

Für die Überzeitarbeit (das heißt die über die gesetzlich zulässige Maximalarbeitszeit von elf Stunden hinaus geleistete Arbeit) wird pro Stunde ein Zehntel des Tagelohns mit 25 Prozent Zuschlag vergütet.

Die sozusagen automatisch alle zwei Jahre eintretenden Lohnhöhungen, die übrigens für alle privaten und öffentlichen Beamten bekanntlich seit jeher bestehen...

Die allgemeine Geschäftslage ist etwas besser, auch die Metall- und Maschinenindustrie scheint auf der ganzen Linie befriedigend beschäftigt zu sein...

Die Generaldirektion der Bundesbahnen hat der Lokomotivfabrik in Winterthur die Lieferung von 25 Lokomotiven zum Preise von 36000 bis 100750 Fr. übertragen.

Scharfmacherei.

Unter dem Titel „Fabrikantenreiben“ veröffentlicht die berühmte Arbeitgeberzeitung eine Silbierung, die ihr angeblich von einer der größten Berliner Eisengießereien zugegangen sei.

über die Formier; es vergehe kaum ein Tag, an dem die Leute nicht an uns herantreten und neue Forderungen an uns stellen...

Es müßte entweder in Form einer Gesetzgebung oder durch strikte Solidarität der Arbeitgeber, welche nur halb so groß zu sein braucht wie diejenige der Herren Formier...

Es müßte beschlossen werden, daß den vielfachen und unmotivierten Übergriffen von Seiten der Formier endlich einmal ein Riegel vorgeschoben werden würde...

Die Herren Fabrikbesitzer können uns glauben, daß der Eindruck eines derartigen Beschlusses ein ganz gewaltiger wäre, daß die Arbeiter, deren Gewerkschaftskassen durch die vielen kleinen Streiks...

Die Arbeitgeberzeitung ist ja zu dem Zwecke gegründet worden, die Unternehmer aufzuheben und sie besorgt dieses Geschäft mit großem Eifer.

In der „Zuschrift“ ist auch behauptet, den Formieren hätten für ihre Arbeiten Akkordpreise bewilligt werden müssen, bei denen der einzelne Mann auf einen Verdienst bis zu 15 bis 17 Mk. bei eigentlich nur sieben- bis achtstündiger Arbeitszeit gelommen sei.

Die Arbeitgeberzeitung will eine Instanz, bei der Streitigkeiten zwischen Unternehmern und Arbeitern schnell entschieden würden. Diese Instanz ist bereits vorhanden, die Unternehmer brauchen in diesen Fällen ja nur das Gewerbegericht als Einigungsamt anzurufen.

Nun, es ist glücklicherweise noch nicht so weit, daß die Bäume des Scharfmachereiblattes in den Himmel wachsen. Die Arbeiter werden wachsam sein, sie werden ihre gewerkschaftliche Organisation immer mehr vervollkommen.

Unter dem Titel „Fabrikantenreiben“ veröffentlicht die berühmte Arbeitgeberzeitung eine Silbierung, die ihr angeblich von einer der größten Berliner Eisengießereien zugegangen sei.

### Verwaltungsbericht der Berufsgenossenschaft der Feinmechanik pro 1901.

Diese Berufsgenossenschaft hat trotz der Krise im Berichtsjahr etwas im Umfang zugenommen. Es wurden 379 Betriebe, darunter 128 elektrotechnische, mit insgesamt 2439 Arbeitern neu aufgenommen, während 117 Betriebe mit 928 Arbeitern „gelöst“ wurden. Die Gesamtzahl der Versicherten hat aber gegen das Vorjahr abgenommen, wie uns nachstehende Zusammenstellung beweist:

Sektionen	Betriebe		Zahl der versicherten Personen		Im Durchschnitt pro Betrieb versicherte	
	1901	1900	1901	1900	1901	1900
1. Ost-, Westpreußen, Brandenburg . . .	890	862	47 517	46 811	58	56
2. Schlesien, Posen . . .	147	137	8 212	2 912	22	21
3. Sachsen . . .	458	441	11 766	12 563	26	28
4. Westph., Thüring. . .	452	441	11 400	11 055	25	25
5. Hannover, Hessen, Hamburg etc. . .	786	688	13 044	13 202	18	19
6. Westfalen, Waldeck . . .	190	180	8 219	8 413	43	47
7. Rhinprovinz . . .	392	363	10 252	10 416	27	29
8. Baden, Elz., Lothr. . .	310	294	12 368	12 343	40	42
9. Pflztemb. . .	237	223	9 717	9 800	41	44
10. Bayern . . .	432	408	13 558	14 558	31	36
Summa	4234	4032	141 043	143 733	33	36

Die Zahl der versicherten Arbeiter hat also gegen das Jahr 1900 um 2690 abgenommen.

Zudem die Zahl der Versicherten erheblich zurückgegangen ist, ist die Zahl der gemeldeten Unfälle gestiegen. Nach dem Bericht wurden im Jahre 1901 insgesamt 5656 Unfälle (5665 im Jahre 1900) der Berufsgenossenschaft gemeldet. Interessant ist es, wie diese 5656 Unfälle „erledigt“ wurden: 1. erledigten sich vor Ablauf der ersten dreizehn Wochen ohne weitere Folgen 4215 Unfälle; 2. wurden abgelehnt 297 Unfälle; 3. schwebten am 31. Dezember 1901 noch 883 Unfälle; zusammen 5095 Unfälle. Erfassungspflichtig wurden demnach nur 561 Unfälle = 10 Prozent der gemeldeten Unfälle. Das bekannte Gluck der Berufsgenossenschaften! Wie werden wohl die am Schlusse des Berichtsjahres noch „schwebenden“ 883 Fälle erledigt werden? Nach dem Resultat der Unfälle des Vorjahres auch nicht günstig für die Verletzten. Es „schwebten“ zum Beispiel Ende 1900 noch 774 Unfälle. Davon wurden „erledigt ohne weitere Folgen“ 896 Unfälle, abgelehnt 66 Unfälle, zusammen 462 Unfälle. Erfassungspflichtig wurden also nur 312 Fälle. Die Berufsgenossenschaft hatte deshalb im Berichtsjahr zusammen mit den oben erwähnten 881 Fällen aus 1901 mit 868 entschädigten Unfällen zu rechnen. Davon entsiehl auf männliche Personen 896, auf weibliche Personen 60 Unfälle. Als Folgen dieser Unfälle bezeichnet u. a. der Bericht: a) Todesfälle 41; b) Invalidität 829; c) v. übergehende Erwerbsunfähigkeit 86.

Nach Gegenständen und Vorgängen, bei welchen sich die Unfälle ereignet haben sollen, geordnet: An Transmissionen und Motoren 45 Unfälle; Arbeitsmaschinen etc. 377; Fahrtstühle, Aufzüge etc. 31; Dampfessel etc. 9; Sprengstoffe etc. 7; feuergefährliche, heiße, flüchtige Stoffe 57; Zusammenbruch, Einsturz etc. 41; Fall von Leitern, Treppen etc. 141; Auf- und Abfallen etc. 191; Fuhrwerke 18; Eisenbahnbetrieb 14; Handwerkzeuge etc. 44; sonstige 72.

Die durch Unfall Getöteten hinterließen 25 Wäwen, 59 Kinder und 8 Waienden. Die Art der Verletzungen bezeichnet uns der Bericht wie folgt: Verletzung an Kopf und Gesicht 115 Fälle, an Armen und Händen 562, an Beinen und Füßen 150, an anderen Körperteilen 92, sonstige Verletzungen 36.

Die Tabelle G des Berichtes gibt uns eine interessante Übersicht über seit 1885 bis 1901 verletzten Personen, für die Entschädigungen festgestellt wurden. Es betrifft dies zusammen 5922 Verletzte und zwar 3322 Erwachsene männlichen Geschlechtes, 233 Erwachsene weiblichen Geschlechtes, 344 Jugendliche männlichen Geschlechtes und 29 Jugendliche weiblichen Geschlechtes. Die meisten dieser Unfälle ereigneten sich an Arbeitsmaschinen, nämlich 2232. Den Tod hatten zur Folge 266 Unfälle.

In den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung schwebten im Jahre 1901 zusammen 591 Berufungen von Seiten der Verletzten. Davon wurden erledigt durch Anerkennung des Anspruches 184 Fälle, durch Abweisung des Anspruches 277 Fälle, durch Vergleich 14 Fälle, durch Zurücknahme 17 Fälle, unerledigt verblieben 99 Fälle.

Von den Refurten am Reichsversicherungsamt anderen 109 zu gunsten der Berufsgenossenschaft und nur 35 zu gunsten der Verletzten. Die Berufsgenossenschaft hatte selbst 107, die Verletzten 110 Refurte eingelegt. Die Berufsgenossenschaft wird hoffentlich mit dem Resultat zufrieden sein.

Die größte Arbeiterzahl ist in Klasse B mit 21 666 Personen versichert. Diese Klasse umfasst Näh-, Stütz-, Rechen-, Schreib-, Sehmäshinen, Fahrräder und Automaten.

An Unfallverhütungsmitteln hat die Berufsgenossenschaft im Berichtsjahr ganze 979,10 Mk. verausgabt. Zu Punkt B: Unfallverhütung“ hatte der Vorstand der Berufsgenossenschaft nur 3/4 Drucksachen nötig. Der ganze Absatz lautet: „Im Berichtsjahr sind 199 Betriebe (von 4234) mit 12 317 Vollarbeitern von den technischen Aufsichtsbeamten beziehungsweise Vertrauensmännern beschäftigt worden, davon wiederholt 116, erstmalig 83 Betriebe. Anordnungen für Herstellung von Schutzvorrichtungen waren bei 117 Betrieben erforderlich.“ Punktum! Also bei 199 revidierten Betrieben wurden allein 117 beanstandet. Wie mag es in den übrigen 4000 Betrieben aussehen? Wann werden diese einmal „bejuchet“? Das ist die vielgerühmte Interesse der Unternehmer an der Verhütung der Unfälle! Ja, wirkliche Revisionen sind lästig und kosten Geld. Daher die begreifliche Sparanficht!

Die gezahlten Entschädigungsbeträge im Jahre 1901 zerfallen in: Kosten der Färsorge für Verletzte 4869,53 Mk.; Kosten des Heilverfahrens 20 284,53 Mk.; Kur- und Pflgekosten 21 854,68 Mk.; Renten an Verletzte 836 739,10 Mk.; Renten an Ehefrauen respektive Witwen 30 330,85 Mk.; dito Kinder 87 152,49 Mk.; Waisenrenten 4243,39 Mk.; Beerdigungskosten 3229,86 Mk. Für Abfindung von Witwen im Falle der Wiedererbtaltung wurden 5243,61 Mk. verausgabt, desgleichen an Ausländer, die mit ihrer kargen Rente Schluß nach der Heimat bekamen, 195 Mk. Sehr stark sind die Ausgaben für Abfindungen verletzter Fremdländer gestiegen. Während im Jahre 1900 nur 108 Mk. zu diesem Zwecke verausgabt wurden, steigerte sich diese Ausgabe auf 26 902,05 Mk. im Jahre 1901. Wie viele Verletzte haben die Anträge auf Auszahlung eines „Kapitals“ gestellt in der Erwartung, einige tausend Mark zu erhalten, wofür sie ja alle Rechte aus dem Unfall verkaufen. Die wenigen hundert Mark sind bald ausgegeben, die Berufsgenossenschaft hat sich den Vorteil davon. Deshalb kann den Verletzten nie genug geraten werden, statt direkter Anträge auf „Kapitalabfindung“ lieber erst Anfragen über die etwaige Höhe des zu erwartenden „Kapitals“ zu stellen. Dadurch würde manches „Geschäft“ verhütet werden.

### Du sollst nicht falsches Zeugnis geben wider deinen Nächsten.

So lautet bekanntlich eines der zehn Gebote Gottes, wenn mich mein Gedächtnis nicht im Stiche läßt. Sicher kann ich es auch deshalb nicht behaupten, weil man an Leuten, die täglich in Wort und Schrift mit dem Christentum haufieren gehen, nicht nur täglich, sondern oft in der Sekunde sechzigmal die Erfahrung macht, daß sie das achte Gebot selbst nicht kennen. Es wäre doch sonst nicht möglich, in einem kurzen Zeitungsartikel einen derartigen Kladderatz von Lügen aufzulauern, wie es zum Beispiel in Nr. 9 des

„Christlichen“ Metallarbeiter (Wiebercher Richtung) geschieht. Ein Sammelkursus von Niederträchtigkeiten hat ja mein Freund Spiegel schon anangelt und ein weiteres „davon“ leider ich besorgen. Ich lüge „leider“, denn ich würde mir tatsächlich bessere Arbeit. Ich mich mit solchen Leuten herumzuschlagen. Ich tue es auch nur deshalb, damit unsere Kollegen „hier oben“, die diese Leute glücklicherweise noch wenig kennen, sie zum wahren Werte einschätzen lernen.

In der genannten Nr. 9 des christlichen Metallarbeiter befindet sich ein Artikel aus Bremen. In demselben gießt „Ein Klemmner Bremens“ die volle Schale seines Jornes über uns aus, weil er, wie wir meinen, nicht — Streikbrecher spielen konnte, was wir unten weiter belegen werden. Der christliche Bruder erzählt da, „daß vor circa vier Wochen die Klemmner Bremens eine Lohnforderung an die Meister stellten, die, wie sich leicht denken läßt (wohl weil wir bei der ganzen Sache auf die Mitarbeit der 2/3 Christlichen verzichteten, aber aus anderen Gründen? U. A. v. g.) rundweg abgelehnt wurde.“ Dann weiter: „Nach der Ablehnung beschloß eine Versammlung, die Sache nur deshalb einem Schiedsgericht zu unterbreiten, weil der Hauptvorstand wegen der bestehenden Wahlen (?) keine Zeit hatte, sich um Gewerkschaftsachen zu kümmern.“ Trotzdem der gute Mann den „Grund“ so gut weiß, schreibt er weiter: „... weil, wo die Klemmner streifen wollten, weder die Genehmigung noch die nötigen Mittel vorhanden waren.“ (!)

Dann schreibt der „Klemmner Bremens“, daß nach den Feiertagen zwei Herren von Stuttgart und Hannover gekommen wären und über die Finanznot, schlechte Konjunktur etc. gelaugt hätten und die Klemmner darauf vertrösteten, daß die Meister sie (die Arbeiter) ausperren würden, um ein Abstrichmittel für — die Reichstagswahlen zu haben! „Dann waren bei der Abstimmung 68 für und 60 gegen den Streik und dann brach ein Skandal los, daß die Polizei die Versammlung auseinandertrieb.“ (!) Dieses sind die Mustervorgänge der freien Gewerkschaften! „Summa!“

So weit der eine Teil dieses Geschreibels. Ich habe sofort nachdem ich von dem „Artikel“ Kenntnis erhielt, dem Herrn Wieber auf Grund des Pressegesetzes nachstehende Berichtigung gesandt:

„1. Es ist gelogen, wenn in der Aufschrift behauptet wird, daß, wo die Klemmner streifen wollten, weder die Bewilligung vom Hauptvorstand noch die nötigen Mittel zum Streik vorhanden waren. Wahr ist hingegen, daß für Bremen sowohl die Bewilligung für den Streik wie die nötigen Mittel dazu vorhanden sind und waren.“

2. Es ist gelogen, wenn behauptet wird, daß nach den Feiertagen zwei Herren von Stuttgart und Hannover sich dazu verstanden haben, nach Bremen zu kommen etc. Wahr ist hingegen, daß der Geschäftsführer der Verwaltung Hannover des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in der betreffenden Versammlung anwesend war und den Kollegen nahelegte, in Rücksicht auf die vielen Streiks, die wir jetzt eben zu führen haben (Fierlohn, wo die christlichen Arbeiter ebenfalls beteiligt sind, Berlin, Stettin und andere mehr), jetzt nicht in den Streik einzutreten, sondern einen günstigeren Zeitpunkt abzuwarten. Daß die in Nr. 9 behaupteten Tatsachen unwahr sind, geht schon daraus hervor, daß Vorhölzer Hannover die Leitung der Versammlung ersuchte, über den Eintritt in den Streik abstimmen zu lassen.

3. Es ist gelogen, wenn behauptet wird, die Abstimmung ergab 68 für und 60 Stimmen gegen den Streik. Wahr ist hingegen, daß 69 Stimmen gegen und 62 Stimmen für den Streik bei einer Stimmenthaltung abgegeben wurden.

4. Es ist gelogen, wenn behauptet wird, daß ein Skandal ausbrach, daß die Versammlung von der Polizei auseinandergetrieben werden mußte. Wahr ist hingegen, daß nach der Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses über den Streik die Annahme einer Resolution gegen eine Stimme erfolgte, die besagte, daß wir in Rücksicht auf die gegenwärtig bestehenden Kämpfe sowie auf die bevorstehenden Reichstagswahlen vorläufig vom Streik absehen, uns aber vorbehalten, bei geeigneter Zeit die Sache wieder aufzugreifen, und darauf die Versammlung in aller Ruhe auseinanderging.

Ferner sollte der so gut informierte Einsender der betreffenden Zeitschrift wissen, daß wertige Versammlungen im Bremer Gebiet nicht angemeldet zu werden brauchen und deshalb auch keine Polizei zur Überwachung anwesend ist.

Ferner bemerke ich, daß die übrigen Ausführungen des „Ein Klemmner Bremens“ genau so von Unwahrheiten frohen wie die vorher richtig gestellten und daß bei einer derartigen Kampfesweise Leute vom Schlage des Einsenders sich auch nicht wundern dürfen, wenn man, um mit solchen Charakteren nicht in Berührung zu kommen, sie links liegen läßt.“

Das die Berichtigung. In Nr. 10 des Wiebercher Organs stand nun folgendes: „... Herr Vorhölzer bekennt, daß die Tatsachen, wie sie in jenem fraglichen Artikel angeführt wurden, der Wahrheit entsprechen und glaubt seine Behauptungen jedesmal mit dem drauffischen: „Es ist gelogen“ bekräftigen zu sollen. Außerdem erlaubt sich derselbe gegen den Einsender jenes Artikels direkt beleidigende Ausfälle. Dementsprechend halten wir die Berichtigung nach dem § 11 des Pressegesetzes nicht für zulässig und stellen es Herrn Vorhölzer anheim, eine andere Berichtigung einzufenden oder sich mit Gegenwärtigen zu begnügen.“

Nun, ich habe im voraus geruht, daß Herr Wieber auf die Anständigkeit der „Modernen“ spekulieren und sich unter einem rechtlichen Vorwand um die Sache, das heißt die Berichtigung, wie sie oben steht, herumzubücken versuchen wird.

Noch weiter: Wenn wir vor vier Wochen den Streik verschoben, so wußten wir wohl warum. Die Erfahrung gab uns Recht, denn vor circa vier Wochen hatten fast die gesamten Klemmnermeister Bremens von den Baumeistern etc. die Zusage erhalten, daß sie 3 bis 4 Wochen Frist zur Fertigstellung der begonnenen oder der in Angriff zu nehmenden Arbeiten gewähren. Heute reden die Herren Meister anders. Auch die Kollegen in Bremen haben den Artikel gelesen und waren empört darüber, sie forderten in ihrer vorletzten Versammlung dann diesen „Kollegen“ auf, seine im Metallarbeiter veröffentlichten Lügen zu beweisen, wenn er vielleicht wieder anwesend wäre. Doch nichts rührte sich, trotzdem der betreffende, wie wir hinterher erfahren, auch in dieser Versammlung anwesend war; er hat sich im Laufe derselben fort-geschlichen.

Noch ich habe Eingang gesagt, daß die ganze Entrüstung dieses Bruders daher rührt, weil er durch unseren Beschluß gehindert wurde, Streikbrecher zu spielen, und das muß ebenfalls bewiesen werden. Der „Klemmner Bremens“ beschwert sich im weiteren nur darüber, daß sie, die christlichen Metallarbeiter, von uns so schlecht behandelt würden, daß wir zu der christlichen Nachteil arbeiten, wo sich nur die Gelegenheit dazu bietet etc. und fährt dann wirklich fort: „Wenn man so die Vergewaltigungen, die täglich vorkommen, mit ansieht (Hu, hu!), so kann man bald zu der Überzeugung kommen, daß es gerade die freie Gewerkschaft ist, welche die Streikbrecher großzieht, denn wie kann von demjenigen, der die ganze Zeit ungerechtigkeiten ausgeübt ist, verlangt werden, daß er, wenn es zu einem Kampf kommt, seiner Pflicht nachkommt, (!) wenn er dann den Haß, der so lange gefüttert worden ist, zum Ausdruck bringt, wird es ihm übel genommen.“

Also hier, lieber christlicher Bruder, „liegt der Haß im Pfeffer“. Weil du wohl auch so ein „von der freien Gewerkschaft großgegener Streikbrecher“ bist, deshalb die ganze Schmutzerei über den auf einen günstigeren Zeitpunkt verlegten Streik, weil du den „so lange gefüttert“ nicht zum Ausdruck bringen konntest! Nun, vielleicht geht es jetzt, denn bis diese Zeilen gedruckt sind, stehen die Bremer Kollegen schon einige Tage im Kampf, den sie mit oder ohne solche „Helden“ durchführen werden, ohne Rücksicht darauf, daß die Vorteile eines Sieges auch derartigen Leuten zu gute kommen. Es scheint ja auch die Sonne über Gerechte und Unrechte, die es nicht wert sind.

Der gute Kollege, der an chronischer Löhnervergütung zu leiden scheint, verspricht dann noch eine halbe Spalte Wäwium über den 1. Mai, „der doch gar nichts mit der Organisation zu tun habe“, mit dem Mitteln „die der Verband zu Parteitagungen“ hergibt, und schließlich mit dem Appell an „seine“ Kollegen, die — christliche Nächstenliebe hochhalten!!

Man weiß nicht, wann man die Verhältnisse kennt und den Artikel gelesen hat, was man mehr bewundern soll: Die Geschicklichkeit, Tatsachen zu verdrehen, oder die Dreistigkeit, mit der die Herren mit der Wahrheit umspringen.

Noch: „Du sollst kein falsches Zeugnis geben“ und deshalb muß ich zu einer redaktionellen Fußnote des Artikels noch ein paar Worte verlieren, in der dem Kollegen Spiegel der Vorwurf gemacht wird, daß er in Elberfeld gesagt habe: „Die Christlichen leisten nichts.“ Wenn mein Freund Spiegel hier „nicht ganz bei der Wahrheit blieb“, so wird er mir’s nicht übel nehmen, wenn ich ihn dahin ergänze, daß die „Christlichen“ vom Schlage dieses „Klemmners“ in Verdröbung der Tatsachen gerade so viel leisten, wie ein professioneller Verleumder. Es ist für uns nur das eine Gute dabei, daß durch derartige Dinge auch der letzte Arbeiter „an der Waaterlant“ durch Augen geöffnet bekommt über diese „Brüder in Christo“.

Hannover. Karl Vorhölzer.

### Zum Kampf in Fierlohn.

Die Unternehmer waren im Laufe des Kampfes schon mehrmals genötigt, ihre Taktik zu wechseln. Als ihre Hoffnung, daß die Arbeitslosen wegen mangelnder Unterstützung sofort zu Kreuze kriechen würden, sich nicht erfüllte, öffnete sie großmütig ihre Werkstätten für die Nichtorganisierten und solche, die aus der Organisation austreten wollten. Dieser Fierzug ergab jedoch nur eine geringe Ausbeute. Nichtsdestoweniger wurde die Öffentlichkeit zu täuschen versucht, indem man verlündete, daß über 800, ja sogar über 1300 Arbeitswillige sich eingefunden hätten. Die Leitung der Ausgelperkten hat daraufhin festgestellt, daß in den Fabriken „arbeiten“: circa 120 Meister, 150 Pader, 100 Lehrlinge, über 100 Klotorkisten, 60 Arbeiterinnen und circa 100 Arbeiter. Von den letzteren sind die Mehrzahl alle Greise und Pilsarbeiter. Daß da von einer gewinnbringenden Betriebsfähigkeit keine Rede sein kann, gesteht selbst das Sprachrohr der Fabrikanten ein. In der gesamten Nadelindustrie, die über 1000 Arbeiter umfaßt, arbeiten nur einige Mann. In einer großen Fabrik (400 Arbeiter) sind circa 90 Mann tätig, wovon aber kein Duzend fähige Arbeiter sind. Die Zahl der Fahnenflüchtigen ist sehr gering.

Den Fabrikanten mußte es deshalb zum Bewußtsein kommen, daß auf diese Weise ihre Pläne nicht verwirklicht werden können. Und so beschloßen sie denn am 9. Mai, Arbeitswillige in ganz Deutschland zu suchen. In Sachsen, in Berlin, in München u. s. w. erschieden Anzeigen, daß nach Fierlohn Schlosser, Dreher, Hobler, Former, Pieper, Nadelarbeiter, Feder und Wobbelschler gesucht werden. Der Hamburger Arbeitsnachweis soll sich erhoben haben, tausend nichtorganisierte Arbeiter zu liefern. Wir ersuchen deshalb die Genossen allerorts, für die nötige Unterstützung zu sorgen, damit der Zugang streng ferngehalten wird. Wie die Unternehmer bei dem Arbeitergang zu Werke gehen, das zeigt folgender Brief, der dem Vorwärts in die Hände gefallen ist:

Fierlohn, 12. Mai 1901.

Antwortlich Ihrer w. Karte vom 11. d. M. wollen wir Sie zu dem von Ihnen geforderten Lohn, Mt. 21, — per Woche, engagieren, unter der Bedingung, daß Sie keiner Organisation angehören und hier auch keiner beitreten.

Wenn Sie hiermit einverstanden sind, wollen Sie sich bei unserem dortigen Vertreter, Herrn Rich. Weidmann, Ritterstr. 37, gegen Hinterlegung Ihrer Arbeitsbücher das Fahrgeld IV. Klasse, circa 10 Mk., und Zehrgeld 5 Mk. holen und dann am Donnerstag abend 7<sup>45</sup> ab Lehrer Bahnhof über Hannover, Hamn nach Unna fahren, wo Sie sich bei einem Herrn in Radsfahreranlag, der auf dem Bahnhof sein wird, melden wollen. Mit diesem fahren Sie dann nach hier.

Wir werden dafür Sorge tragen, daß Sie hier Kost und Logis leicht finden werden.

Es werden noch einige andere Arbeiter mit demselben Zuge kommen.

Hochachtung  
Riffing & Mühlmann, Abteilung I.

Alle diese Mittel sind nur darauf berechnet, in Fierlohn selbst recht viel Dummheit zu fangen, die sich verleiht lassen sollen, die Arbeit aufzunehmen. Falle darauf ja niemand hinein. Die Fabrikanten haben sich selbst in die unangenehme Situation gebracht, mögen sie die Folgen tragen. In welcher Verlegenheit sie sich befinden, dafür können wir einen eklantanten Beweis anführen. Stuttgart ist auch ein Absatzgebiet für Fierlohner Waren. Statt nun den Stuttgarter Kunden die Waren fertig zu liefern, erhalten sie dieselben roh mit dem Ersuchen, sie selbst fertigstellen zu lassen. Diese Arbeit kostet aber dann noch so viel als die bisher fertig bezogenen Waren.

Der Zugang ist bis jetzt gering, 20 Mann, die aus Berlin kamen, wurden bis auf einen abgefangan, und dieser eine bleibt auch nicht.

Nicht weniger als 80 Gendarmen sind in Fierlohn stationiert, und man munkelt davon, daß auch noch Militär hierher verlegt werden soll. Nun sind ja einige Aufäufe vorgekommen, aber lediglich wegen der Lügeausichten der lokalen Presse, es kämen 1000 Mann aus Hamburg“. Selbstverständlich wollte sich niemand den Anblick dieser Mausebrüter entgehen lassen. Die Leitung der Arbeiter erließ die Mahnung, keinen Anlauf zu geben zum „Dauzwirkelhauen“, worin die Fabrikanten noch ihre einzige Rettung erblickten. Ruhe und Besonnenheit, treues Zusammenhalten muß uns den Sieg bringen, wenn uns die Kollegen Deutschlands in jeder Hinsicht unterstützen!

Wir lassen hier noch zwei Preisstimmen folgen, die sich mit der Fierlohner Auslieferung beschäftigen. Der Evangelische Arbeiterbote schreibt:

„Was ist nun der Kern des Fierlohner Streiks? Es ist der Kampf der Arbeiter um das gesetzlich ihnen zustehende Recht der Organisation. Die Arbeitgeber wollen die Organisation gertümmern und die Arbeiter rechtslos machen. Dies Verfahren erhält noch seine besondere Beleuchtung dadurch, daß die Fabrikanten das den Arbeitern verwehrte Recht für sich durch Gründung des Fabrikantenvereins durch die Tat in Anspruch nehmen. Sie halten streng darauf, — man vergleiche das Verfahren gegenüber Schäfermeyer & Hens — daß der einzelne Besitzer nicht ohne Zustimmung der Vereinigung mit den Arbeitern Abkommen trifft, fragen aber über Terrorismus, wenn die Arbeiterorganisationen ihre Mitglieder zur Treue anhalten. Wäre man nicht berechtigt, auch den Umstand Terrorismus zu nennen, daß die Fabrikanten Sicherheitswechsel angestellt haben, die verfallen sind, falls einer aus der Vereinigung austritt vor Beendigung des Streiks? Wie liegt man auch in den Fabriken nahestehenden Zeitungen, daß die Arbeiter durch gewissenlose Feder verwirrt wurden. Wie soll man aber die Tatsache nennen, daß ein Abgefandter des Berliner Verbandes der Metallindustriellen in Fierlohn den Klassenkampf nach Kräften geschürt hat? Ein derartiges Verfahren jedoch, selbst ein Recht in Anspruch zu nehmen, dessen Ausübung aber den Arbeitern zu verjagen und sie dadurch zu Bürgern minderer Ordnung herabzudrücken, kann ich nicht anders als furchtbar bezeichnen.“

Alles hat heute das Bestreben, sich zu organisieren. Die Handwerker, Beamten, Lehrer, selbst Pfarrer, Fabrikanten schließen sich zu Vereinigungen zusammen, um ihre Standesinteressen besser zu wahren, als es der Einzelne könnte. Nur dem Arbeiter wird es von mancher Seite noch verwehrt. Es ist ein Zeichen von sozialer Anteillosigkeit, sich diesem Streben entgegenzustellen, geschieht es obenin in solch brutaler Weise wie in Fierlohn, so stützt es unschätzbares Geld. Es wäre besser, wenn Fabrikanten solcher Denkart ihre Pfaffen von Hausrecht bei Seite legten und mit der Arbeiterorganisation zusammen arbeiteten, so würde es für beide Teile vorteilbringend sein. Ich erinnere daher an die guten Erfahrungen, die man in Jena bei dem mit Arbeiterausgleich gemachten hat, ferner daran, daß der Staat in immer ausgebeuteterem Maße dazu übergeht, in seinen Bergbaubetrieben zur Inspektion der Gruben Vertrauensmänner der Arbeiter heranzuziehen; weiter erinnere ich

an die Tätigkeit der Arbeiter in den Gewerbetrieben und bei dem Ausbruch der Kasse hat dadurch je Schaden gestiftet und der Staat ist nie in der Verlegenheit gewesen, für sein „Hausrecht“ zu kämpfen. Diese Erfahrung würde man nicht verhandeln und darum fehlt auch der Wille zum Frieden. Die Arbeiter sind stets für Friedensverhandlungen zu haben gewesen. Bei dem ersten Versuch haben sie die wie hoch klingende Ablehnung erhalten, daß es besser sei, daß die Wollen, die sich zusammengezogen, sich auch entluben, da so erst wieder Frühling in die Arbeiterwelt eintrete. Der Vermittlungsversuch der Gewerbetreibenden wurde mit der leichtfertigen Bemerkung abgewiesen, „daß keine Veranlassung vorläge, in neue Verhandlungen einzutreten“. Die auf unsere Bitte bereitwillig zugesagte Verhandlung vor dem Regierungspräsidenten ist nun auch gescheitert an dem Verhalten der Fabrikanten, da „man den Augenblick nicht für zweckdienlich halte“. Wie der Streik auslaufen wird, kann niemand voraussagen; ein Ergebnis wird er aber sicher haben: eine Unsumme Verbitterung wird durch solch unkluges Verfahren geschaffen und angesichts der Wahlen werden Hunderte von braven, tüchtigsten Männern der Sozialdemokratie in die Arme getrieben. Da fragt es sich doch, ob der Umstand, daß eine Handvoll Ferkelöhner Fabrikanten ihr zweifelhaftes Recht durchsetzen, schwerwiegender genug ist, daß man die Arbeiter, die Stadt Ferkeln und das gesamte Vaterland einer derartigen Gefahr mit gutem Gewissen aussetzen magen darf.

Die Frankfurter Zeitung schreibt unterm 12. Mai: Wir haben schon darauf hingewiesen, daß die Aussperrung der Metallarbeiter in Ferkeln keineswegs eine Notwendigkeit war und bei logischem Verhalten der Arbeitgeber leicht hätte vermieden werden können. Daß die Schuld dort wirklich nicht an den Arbeitern liegt, kann man auch aus den Beschlüssen erkennen, welche sie kürzlich gefaßt haben. Sie machten darin Vorschläge, auf Grund deren mit den Fabrikanten abermals verhandelt werden sollte, und man kann nicht sagen, daß diese Vorschläge eine Überhebung enthalten. Sie verlangen, daß die Unternehmer die Organisation der Arbeiter als deren Vertretung anerkennen. Das ist eine Forderung, über deren Berechtigung man wohl nicht mehr sagen kann — so oft ist sie erbracht und begründet worden. Nicht minder zu billigen ist die zweite Forderung, die auf die Bildung eines Eingangsamtes abzielt, das zu gleichen Teilen aus Fabrikanten und Arbeiter bestehen sollte. Dann erkennen die Arbeiter das Selbstbestimmungsrecht der Arbeitgeber in Bezug auf Annahme und Entlassung von Arbeitern ausdrücklich an. Sie verlangen auch nicht, daß die Beamten der Arbeitgeberorganisationen das Recht hätten, bei den Fabrikanten vorstellig zu werden, und wünschen nur, daß bei allen Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis das Eingangsamt angezogen werde. Ein weiterer Punkt ist der, daß die Kontrahenten sich verpflichten sollen, keinen Arbeitsnachweis einzurichten — wiederum eine sozialpolitisch durchaus gerechtfertigte Forderung, da man den Arbeitsnachweis weder den Arbeitgebern, noch den Arbeitern allein überlassen soll, seine richtige Form vielmehr die paritätische ist. Und da die Arbeiter schließlich der Firma, von welcher der Konflikt ausgegangen ist, es anheim stellen möchten, welche Arbeiter sie wieder annehmen will, ist wahrhaftig nicht einzusehen, warum Verhandlungen auf der von den Aussperrten vorgeschlagenen Grundlage nicht möglich sein sollten. Aber es wird nicht verhandelt!

## Von der Unterwerfer.

Die Gewerkschaftskarteile in Bremen, Bremerhaven und Vegesack haben die provokatorische Bekanntmachung des Bremer Arbeitgeberverbandes vom 8. Mai übereinstimmend durch folgende Resolution beantwortet:

Die Gewerkschaftskarteile in Bremen, Bremerhaven und Vegesack erklären als Vertreter der organisierten Arbeiterkraft der in Betracht kommenden Orte in Bezug auf die „Bekanntmachung“ des Arbeitgeberverbandes vom 8. Mai 1903:

Die Gewerkschaftskarteile weisen den Versuch des Arbeitgeberverbandes, die Differenzen einzelner Betriebe mit einzelnen Gewerkschaften auf die Gesamtarbeiterschaft auszuweichen, als völlig unmöglich und unerschützt zurück.

Die Karteile erklären sich mit der Haltung der bisher an den Differenzen beteiligten Gewerkschaften einverstanden, zumal diese kein Mittel unversucht gelassen haben, um einen friedlichen Austrag der Streitigkeiten zu ermöglichen.

Sollte der Arbeitgeberverband seine Drohung verwirklichen und damit einen wirtschaftlichen Kampf mit unüberschaubaren Folgen für das Erwerbsleben Bremens und der übrigen Unterweserte heraufbeschwören, so trifft ihn allein die volle Verantwortung. Die organisierte Arbeiterkraft ist sich des Ernstes der Situation voll bewusst. Sie sieht der Entwicklung der Dinge in der nächsten Zeit mit Mäßigkeit entgegen. In einem etwaigen, ihr von den Arbeitgebern aufgezwungenen Kampfe wird sie die Interessen und die Ehre der organisierten Arbeiterkraft mit unbegrenzter Entschlossenheit zu wahren wissen.

Zu der Tecklenborg-Angelegenheit haben am 12. Mai auf Veranlassung des Herrn Landrats Dr. Dyes-Gesetzmünde zwischen diesen und mehreren Arbeitern der Firma Besprechungen stattgefunden. Diese Besprechungen fanden am 13. Mai früh ihre Fortsetzung in einer Konferenz, die auf dem Landratsamt zwischen dem Landrat, zwei Vertretern des Arbeiterausschusses und den Genossen Haerterkamp und Dellerich abgehalten wurde. Auf weitere Vermittlung des Herrn Landrats fand sodann mittags eine längere Besprechung auf dem Gesetzmünders Landratsamt statt, an der auch Direktor Claussen von der Tecklenborg'schen Werft, Genosse Dellerich als Zentralvorsitzender des Werftarbeiterverbandes, sowie mehrere Mitglieder des Arbeiterausschusses teilnahmen. Zur Beilegung der Differenzen wurden vorläufige Vereinbarungen getroffen, die einer Vereinbarung der Tecklenborg'schen Arbeiter am Abend zur Beschlussfassung unterbreitet werden sollten.

Es schien, als sei dadurch eine Grundlage geschaffen, den Konflikt zu beilegen, man hoffte, daß der Arbeitgeberverband die von Direktor Claussen gemachten Zugeständnisse annehmen werde. Allein die geradweg beispiellose Zurückhaltung und Disziplin der maßlos provozierten Arbeiterkraft in den Unterweserten in den letzten Monaten, besonders in den letzten Tagen, ist vergeblich gewesen. Das zum strapazierten Arbeiterkampfverbande loalierte Kapital an der Unterwerfer hat diese bewundernswürdige, den Organisationen zu dankende Selbsttätigkeit der Arbeiter mit der schamlosesten Provokation beantwortet, die sich nur denken läßt!

Die Tecklenborg'schen Arbeiter haben am 13. Mai die ihnen gemachten Einigungsvorschläge akzeptiert und haben damit bewiesen, daß sie den Frieden wollen. Den Bericht über die gesprochene Verhandlung gab der Zentralvorsitzende des Werftarbeiterverbandes, Genosse Dellerich, in eingehender Weise. Ihre Bereitwilligkeit zum Eingehen auf die Affordarbeit hatte die in Betracht kommende Sicherheitskategorie beabsichtigt bereits vor Wochen erklärt, nicht aber konnte sie damit einverstanden sein, daß hinsichtlich der Einführung dieser Arbeitsmethode absolut keine Regelung, keine festen Normen geschaffen werden, die Arbeiter vielmehr der Willkür der Unterbeamten der Firma ausgeliefert sein sollten. Zu den Verhandlungen hatte man über diesen ewigen noch bestehenden Differenzpunkt der Direktor der Tecklenborg'schen Werft, Claussen, händliche Erklärungen abgegeben darin, daß die Regelung der Affordarbeit, die Aufstellung bestimmter Sätze für die verschiedenen Arbeiten, durch die Firma mit dem Arbeiterausschuss erfolgen soll. Über die demselben Entsendung eines Meisters nach Rostock war vom Direktor Claussen die Erklärung abgegeben, daß die Firma damit keinerlei Kampfmaßregel beabsichtigt habe.

Nachdem die Verhandlungen über diese Punkte Marheit geschaffen, konnte Dellerich erklären, daß vorausgesetzt natürlich die Nachbeseitigung der Kündigung, die Sperre der Werft (Wahrung vor festlichem Festa) aufgehoben werden würde. Die eb-

quältige Beschlussfassung hätten selbstverständlich die Arbeiter. Der Direktor Claussen habe betont, daß auch er außer Stande sei, ohne Zustimmung des Arbeitgeberverbandes eine endgültige Vereinbarung zu treffen. Noch während die Berichterstattung erfolgte, lief an den Genossen Dellerich ein Ersuchen des Gesetzmünders Landrats ein, am Donnerstag morgen nach Vegesack zu fahren, um dort zu versuchen, auch beim Vulkan eine Vereinbarung herbeizuführen.

Die Diskussion über den Bericht war eine sehr kurze. Nach ihrer Erledigung nahm die Versammlung folgende Resolution einstimmig an:

„Die Versammlung akzeptiert das Zugeständnis der Werftdirektion, namentlich mit dem Arbeiterausschuss in Verhandlungen über die Regelung der Affordarbeit einzutreten zu wollen und erklärt sich ihrerseits aus diesem Grunde bereit, die Sperre aufzuheben, behält sich jedoch jede weitere Stellungnahme vor, falls es zu einer definitiven Einigung nicht kommen, besonders wenn die angebotene Aussperrung trotzdem erfolgen sollte.“

Die Arbeiter hatten also alles getan, was sie tun konnten, sie wollten den ehrlichen Frieden.

Was taten inzwischen die Unternehmer? Der Arbeitgeberverband beschloß, die gebotene Hand zurückzuweisen. Er will die vollständige Knebelung, die rücksichtslos Niederwerfung der Arbeiterkraft. Unter Druck gegebener Zugeständnisse sind die Arbeiter auf Straßenpflaster geworfen worden; um den Machtgelüsten zu fröhnen, seine geheimen Ziele verfolgen zu können, setzte man das ganze wirtschaftliche Leben in den Unterweserten den schwersten Katastrophen aus. Als am 14. Mai früh der Arbeiterausschuss der Firma Tecklenborg über den Verlauf der gestrigen Versammlung Bericht erlatete und derselben die angenommene Resolution überreichte, glaubend, daß nun alles in Ordnung und die Kündigung hinfällig sei, wurde ihm auf einmal mitgeteilt, daß die Firma die Resolution unter keinen Umständen akzeptieren werde, sondern verlange, daß die Arbeiter ohne weiteres die von der Firma aufgestellten Bedingungen anerkennen.

Diese Bedingungen sind kurz folgende: Das Verlangen nach Aufheben der Sperre ist selbstverständlich. Die Übernahme der Affordarbeit soll von sämtlichen Branchen geschehen. Unterhandlungen über die Regelung der Affordarbeit gibt es nicht, im Gegenteil soll die Festsetzung der Preise für jeden einzelnen von Fall zu Fall durch die Beamten der Firma geschehen. Durch diese geradweg an Falschheit grenzende Bestimmung würden also die Arbeiter bezüglich ihres Verdienstes ohne weiteres der Willkür jedes untergeordneten Beamten der Firma ausgeliefert sein.

Die Arbeitsordnung soll bedingungslos anerkannt werden, auch die neue, welche sich erst in der Ausarbeitung befindet und die die Arbeiter noch nicht einmal kennen. „Höher“ und „Niedriger“, das sind natürlich die Verbandsmitglieder, werden nicht beschäftigt.

Alles, was am Abend vorher vereinbart und mit Namensunterschrift bekräftigt wurde, wird vernichtet. An Händen und Füßen gebunden soll sich die Arbeiterkraft dem Scharfmacheramt überliefern.

Daß die Arbeiter sich auf diese schamlosen Zumutungen nicht einlassen konnten, liegt auf der Hand. Sie haben denn auch den unerhörten Bruch von Treu und Glauben zur Kenntnis genommen und dann ruhig und entschlossen ihre Beschlüsse gefaßt.

Am 14. Mai, nachmittags von 1 1/2 bis 2 Uhr, tagte in der Kantine der Werft eine Versammlung der gesamten Tecklenborg'schen Arbeiter, um über die neue Situation zu beraten. Trotzdem alle Werkmeister, Ingenieure etc. anwesend waren, wurden die Leute nicht wankelmütig. Mit allen gegen vier Stimmen beschlossen die Arbeiter, auf die gestellten Bedingungen nicht einzugehen, sondern an der gestrigen Abend gefaßten Resolution festzuhalten. Die Firma hat ihre Drohung nunmehr ausgeführt: Am Donnerstag nachmittags 4 Uhr sind sämtliche Tecklenborg'schen Arbeiter entlassen worden!

Die Arbeiter der Unterweserte haben den Kampf nicht gewollt, er ist ihnen aufgezwungen worden. Aber sie scheuen vor ihm nicht zurück, sie werden alles daran setzen, ihn zum segensreichen Ende zu führen.

Das Unternehmertum wollte den Kampf, es brauchte den Kampf. Die Aufregung ist groß, sie erstreckt sich auf die weitesten Kreise des Bürgerlums.

Die Verantwortung für die unabsehbaren Folgen dieses unerhörten, schamlosen Gewaltaktes trifft das Unternehmertum, trifft die in ihrem Grasmärchigkeit und in ihrer Besorgnis um gewisse Reichstagsmandate toll gewordene Scharfmachergesellschaft.

Am 14. Mai abends hielten die Arbeiter von Tecklenborg im stolzen Saal eine Versammlung, um die Situation zu beraten. Zunächst erlatete ein Mitglied des Arbeiterausschusses der Werft den Bericht über die Verhandlungen, die am 13. Mai mit der Werftdirektion gepflogen worden sind. Dann berichtete Kollege Vorschüler über die Verhandlungen, die von ihm und dem Zentralvorsitzenden der Werftarbeiter, Dellerich, im Laufe des Tages in Vegesack mit der Direktion des „Vulkan“ geführt sind. Mit der Vulkan-Werft sei eine vollständige Einigung erzielt worden. Ganz im Gegensatz zu der Tecklenborg-Direktion habe sich die Vulkan-Direktion durchaus entgegenkommend gezeigt. Namentlich verurteilte der Vulkan strikte Punkt bezüglich der Regelung und Tarifierung der Affordarbeit beim Vulkan keine Schwierigkeiten. Die Vereinbarung solle jedoch zur Eiligkeit erlangen, wenn auch bei Tecklenborg die Differenzen beigelegt würden. Vorschüler machte zum Schluß der Vorschlag, auch das letzte noch zu versuchen. Die anwesenden Vertreter der drei hauptsächlich in Betracht kommenden Zentralverbände der Metall-, Holz- und Werftarbeiter sollten Freitag vormittags nochmals bei der Direktion der Tecklenborg'schen Werft vorstellig werden, um Verhandlungen anzuknüpfen. Scheiterte dieser Versuch, so soll das Gewerbetriebe in Gesetzmünde als Eingangsamt ansetzen werden. Geht auch dieses fehl, so heißt es der Kampf anzunehmen und ihn mit aller Energie zu führen. Diese Vorschläge wurden angenommen.

Die Firma Tecklenborg sucht sich von dem Vorwurf, das gegebene Wort gebrochen zu haben, dadurch zu reinigen, daß sie behauptet, von ihr sei in den Verhandlungen, die in Gegenwart des Gesetzmünders Landrats Dr. Dyes stattgefunden haben, das Zugeständnis gemacht worden, die Regelung des Affordsystems solle erfolgen auf Grund des herbeizuführenden Einverständnisses zwischen der Firma und dem Arbeiterausschuss. Um nun jeden Zweifel hienüber zu beseitigen, geben wir nachstehend den sachlichen Inhalt des über diese Verhandlungen aufgenommenen Protokolls wieder. Es heißt da folgendermaßen:

„Nach längerer Verhandlung gab der Vorsitzende der Zentrale des Werftarbeiterverbandes die Erklärung ab, daß er bereit sei, einerseits heute abend einberufenen Versammlung der Werftarbeiter die sofortige Aufhebung der Sperre der Werft (Wahrung vor Festlichem) vorzuschlagen, nachdem der Direktor Claussen wiederholt betont hatte, daß die Werft mit dem im April d. J. erfolgten Entsenden eines Meisters nach Rostock keinerlei Kampfmaßregel beabsichtigt habe, und nachdem er ferner näherer Auskunft über die beabsichtigte Regelung der seitens der Arbeitgeberin von den Schiffszimmern geleisteten und von diesen grundsätzlich angenommenen Affordarbeit gegeben und außer Zweifel gestellt hatte, daß ein Einverständnis in Bezug auf die Einzelheiten des Affordsystems herbeizuführen auf Grund der zu sammelnden Erfahrungen im praktischen Betrieb zwischen Arbeiterausschuss und Firma auch von der letzteren durchaus angestrebt werde.“

Der Arbeiterausschuss wird morgen früh das Ergebnis der heutigen Versammlung der Firma mitteilen, während Herr Claussen in Aussicht nimmt, dem Arbeitgeberverband von den heutigen Verhandlungen alsbald Kenntnis zu geben.“

Dieses Protokoll ist von sämtlichen Anwesenden und auch von dem Direktor der Tecklenborg'schen Werft, Herrn Georg W. Claussen, eigenhändig unterschrieben.

Die Arbeiter aber haben nichts weiter verlangt, als daß die in vorstehendem Protokoll niedergelegten Zugeständnisse durchgeführt werden sollten. Das wollte die Firma nicht, die Arbeiter sollten sich bedingungslos ergeben und als sie sich darauf nicht einließen, nicht einlassen konnten, da griff die Firma zur Aussperrung.

Die in der Versammlung der Aussperrten am 14. Mai beauftragten Personen hatten zunächst die Vermittlung des Herrn Landrat Dr. Dyes angerufen und waren sodann gleichfalls bei dem Vorsitzenden des Gesetzmünders Gewerbetriebe, Herrn Dr. Proft, vorstellig geworden. Herr Dr. Proft hatte das Erforderliche sofort in die Wege geleitet. Wider alles Erwarten kam jedoch keine Einigung zu Stande.

Die Direktion des Vulkan machte darauf durch Anschlag bekannt, daß, da die Verzögerung bei der Tecklenborg-Werft in Gesetzmünde nicht beigelegt sind, am 16. Mai abends den Arbeiter gekündigt wurde. Am Montag um 6 Uhr sei das Geschirr abzuliefern. Die Stunden von 6 bis 8 Uhr würden bezahlt.

## Aus der Metallindustrie.

### Zur Geschäftslage.

Im Korrespondenzblatt schreibt Genosse Schippel: Im Verein deutscher Eisenhüttenleute schilderte Herr Lung-Oberhausen die Aussichten der Eisenproduktion als wesentlich verbesserte; man zehre nicht mehr so vorwiegend von der Ausfuhr, sondern gerabe der heimische Bedarf habe sich seit Beginn des neuen Jahres erheblich gehoben. Er kündigte auch die Gründung eines deutschen Stahlwerksverbandes und eine Vervollständigung der Fertigfabrikationszweige an. Bemerkenswert war dabei noch das Urteil des Herrn Macco-Siegen über das künftige Verhältnis zu Amerika: Da der Besitz der Gruben und der Eisenwerke durch die Bildung der „United States Steel-Corporation“ größtenteils in einer Hand liege und diese große Gesellschaft für unabsehbare Zeit die Macht habe, den inländischen Markt zu beherrschen, so sei nicht zu erwarten, daß sie in den nächsten Jahren die Preise wesentlich herabsetze und dadurch für das Ausland gefährlich werde. Man müsse allerdings damit rechnen, daß die ungeheuren Kapitalien, die in diese Gesellschaft gesteckt sind, kurzer Hand reduziert werden können. Geschehe dies, so könne die Konkurrenz des Stahlwerks für das Ausland akut werden, da bei geringeren Kapitalen und den offenbar geringeren Selbstkosten der Markt durch den Stahlruß schwer erschüttert werden könne. — Der Truß nuzt also nach Herrn Macco bis zu einem gewissen Grade der ausländischen Konkurrenz. Wenn jedoch von farsichtigerer Seite und mit Bezug auf deutsche Verhältnisse ähnliche Nachteile betont werden, so soll mit einem Male das Gegenteil richtig sein.

Bedenken am werden natürlich für die Eisengewerke auch in der nächsten Zeit die Bestellungen der Staatsbahnen sein. Für Preußen-Besessenen und die Reichslande schreibt hierüber die offiziöse Zeitung des Vereins deutscher Eisenbahnenverwaltungen: Als Bedarfs der Staatsbahnen für das Etatsjahr 1903 (1. April 1903 bis Ende März 1904) sind im Herbst vorigen Jahres auf Grund des Abkommens mit den vereinigten Schienen- und Schmellenwalzwerken (vom August 1902) zum Grundpreis von 116 Mk. für 1 t Schienen und von 108 Mk. für 1 t eiserne Schwellen zunächst 240800 t Schienen und 114900 t eiserne Schwellen bestellt worden. Zur Beschleunigung des Einbaues von neuem Oberbau (Form 8 und 9) auf den mit durchgehendem Schnellzugverkehr am meisten belasteten preussisch-berliner Eisenbahnlinien, wofür unter den einmütigen und außerordentlichen Ausgaben des Eisenbahnetats für 1903 vom ersten Male 150000000 Mk. ausbehalten sind, wurde im vergangenen Winter die Nachbestellung von 32400 t Schienen und 17500 t Eisenwellen erforderlich. Weitere 4000 t solcher Schwellen sind zur Ergänzung des ordentlichen Bedarfs für 1903 noch kürzlich nachbestellt worden. Für diesen Nachbedarf sowie für den bis zum 31. März 1904 weiterhin zu erwartenden Bedarf der preussischen und berliner Staatsbahnen, der Reichseisenbahnen und der königlichen Militär-Eisenbahn an Schienen und eisernen Schwellen wurde im Wege des Nachtragsvertrags mit den vereinigten Walzwerken der Grundpreis der Schienen auf 112 Mk. und der eisernen Schwellen auf 105 Mk. für 1 t festgesetzt. Einem oberflächlichen Walzwerk wurden auf Grund eines Sonderangebots unter Zustimmung des mitbeteiligten Syndikatswertes weitere 1000 t eiserne Schwellen für den beschleunigten Gleisbau auf Schnellzugstrecken zu dem Ausnahmepreis von 100 Mk. für 1 t in diesem Frühjahr freihändig in Auftrag gegeben. Damit stellt sich für das Rechnungsjahr 1903 der von den vereinigten Werken zum größten Teil bereits gedeckte Gesamtbedarf der preussischen Eisenbahngemeinschaft auf rund 263500 t Schienen und 137000 t eiserne Schwellen. Um den Walzwerken eine tunlichst schnelle Beschäftigung und den beteiligten Verwaltungen die rechtzeitige Lieferung zu sichern, wird der für das Etatsjahr 1904 zu erwartende ordentliche Bedarf der preussischen Staatsbahnen bis zu 227000 t Schienen und 13000 t eisernen Schwellen bei der Syndikatsleitung zur Verteilung auf die einzelnen Walzwerke schon jetzt in Auftrag gegeben werden. — Wir haben schon wiederholt angegeben, daß die Verstärkung und Beschleunigung der staatlichen (und kommunalen) Anträge in Kräftezeiten durchaus gerechtfertigt ist. Nur ist für die Arbeit erst recht zu verlangen, was man dem Kapital in garter Fürsorge ohne weiteres zugeföhrt: Anerkennung der Organisationspreise, das heißt, der gewerkschaftlichen Lohnsätze, und Sorge für „tunlichst schnelle Beschäftigung.“ Hier haben wir aber wohl oft von Entlassung und Lohnruß gehört, jedoch niemals davon, daß man die Zustimmung der Organisationsführer für ausnahmsweise niedrigere Lohnsicherabkommen einholt.

### 40 Prozent Dividende.

Die Hlleder Hütte erzielte im vergangenen Geschäftsjahr einen Rohgewinn von 3876209 Mk. Nach reichlich bemessenen Abschreibungen bleibt ein Reingewinn von 2627044 Mk. Hieron erhalten die Aktionäre vorweg 4 Prozent gleich 265605 Mk., vom Reste in Höhe von 2561439,45 Mk. der Remunerationenfonds 2 Prozent mit 51227,99 Mk., verbleiben 2510210,66 Mk., der Ausschüttungstrat von diesem Reste 5 Prozent mit 125510,53 Mk., verbleiben 2384700,13 Mk. Hierzu kommt der Vortrag vom Vorjahr mit 21740,74 Mk., ergibt 2406440,87 Mk. 36 Prozent 1146318,71 Mk. erforderlich 2390445 Mk., bleiben als Vortrag auf 1903 159595,87 Mk. Die Dividende beträgt sonach 40 Prozent oder 600 Mk. für den Dividendenchein der ganzen Aktie oder 150 Mk. für den Dividendenchein der Viertelaktie. Der per 30. Juni 1903 zur Verrechnung gelangende, vom Feiner Walzwerk in der Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1902 erzielte Rohüberschuß stellt sich auf 3039909,30 Mk. An Beamtentgehältern und Löhnen wurden in vergangenen Jahre 1902 in beiden Werken zusammen 5408366 Mk. ausbezahlt. Die Aussichten für das laufende Jahr bezeichnet der Geschäftsbericht als „befriedigend“, das heißt die Herren Aktionäre können wieder auf einen Entbehrungslohn von 40 Prozent, vielleicht auch mehr, rechnen. Bemerkenswert mag noch werden, daß der Kurs der Aktien der Hlleder Hütte am 20. August 1888 bis 1902: 285, 350, 456, 620, 530, 600, 400, 425, 515, 620, 760, 775, 835, 1010, 825, 700, 755. Die Notierung betrug füglich an der Börse 760. Die Dividenden betragen in den gleichen Jahren 10, 20, 30, 36, 40, 33 1/2, 18, 18, 28, 53 1/2, 54 1/2, 62 1/2, 70, 60, 40, 40 Prozent.

Die Löhne der Arbeiter auf der Hlleder Werke zählen zu den niedrigsten in Deutschland. Natürlich die Aktionäre müssen doch einen anständigen „Entbehrungslohn“ für ihre unglücklichen Mägen des Kapouabstündens erhalten.

Verband der Kesselfabriken.

In Berlin fand eine Versammlung der Gruppe der Großwasser-kaum-Kesselfabriken...

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Nachen: der Schlosser Josef Oslander, geb. am 25. November 1861...

Wegen sie betreffender Anträge auf Ausschluss bzw. Nicht-wiederaufnahme wird hierdurch den nachstehend aufgeführten...

Dem Klempner Karl Wernst, geb. am 8. Juni 1879 zu Staffel. Buch-Nr. 554 415, Unterschlagung von Verbandsgeldern...

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Rote-Strasse 16...

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Zur Beachtung.

Zuzug ist fernzuhalten:

- von Drahtwebern nach St. Johann; von Drahtziehern und Flechtern nach Mannheim-Waldhof...

Korrespondenzen.

Formen.

Karlruhe. In verschiedenen badischen Zeitungen werden Formen bei hohen Lohn und dauernder Beschäftigung nach Lunenburg...

Löbau i. S. Es ist wirklich an der Zeit, daß die Verhältnisse in der Gießerei der Firma Behrich & Comp. in Löbau beleuchtet werden...

vom letzten Vierteljahr der Öffentlichkeit vor Augen geführt wurde. Gerade jetzt, wo die Firma in verschiedenen Zeitungen nach Formern...

Nürnberg. Zum wiederholten Male müssen wir die Spalten der Zeitung in Anspruch nehmen. Die Verhältnisse der hiesigen Gießereien lassen viel zu wünschen übrig...

Klempner.

Leipzig. In der am 29. April im Bantheon stattgefundenen sehr gut besuchten Versammlung der Klempner sprach Genosse Weigert über das Handwerkergesetz...

Mainz. Der Ausstand bei der Firma Martin Hoffmann, Baupfängerlei, wurde am 2. Mai beigelegt, nachdem von den christlich Organisierten einer sich als Aufpasser entpuppte...

Metallarbeiter.

Nachen. In der am 12. Mai abgehaltenen Versammlung wurde von den 150 anwesenden Mitgliedern einstimmig beschlossen, pro Woche 30 Pf. Extratener zu erheben...

Berlin. Der Bericht über die Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin in der letzten Nummer der Metallarbeiter-Zeitung enthält eine Reihe von Unrichtigkeiten...

Bochum. In der am 2. Mai stattgefundenen Mitgliederversammlung wurde über die Vorstandsbroschüre, betreffend Vertiefung der Verbandsbeamten, diskutiert...

Schwelm. Drei Metallarbeiterversammlungen fanden am 18. Mai statt: im „Abler“, in der „Gelschloßchen-Brauerei“ in Kappel...

Zur Beachtung.

Alle für Nr. 23 bestimmten Berichte etc. sind so zeitig abzugeben, daß sie spätestens am Samstag den 30. Mai früh in unseren Händen sind.

Die Redaktion.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Bezüglich der 6. ordentlichen Generalversammlung in Berlin machen wir nochmals darauf aufmerksam, daß dieselbe am Montag den 1. Juni 1903 nachmittags 3 Uhr im Gewerkschaftshaus (Großer Saal) in Berlin, Engelauer 15...

Dringende Zuschriften sind in der Zeit vom 29. Mai bis 6. Juni 1903 an A. Schlichte in Berlin, Engelauer 15...

Alle übrigen Sendungen, als Materialbestellungen, Unterstützungsgelder, Geldsendungen etc. sind an die bekannte Verbandsadresse in Stuttgart zu adressieren.

In Gemäßheit des § 4 Abs. 3 des Verbandsstatuts wird den nachstehend angeführten Verwaltungsstellen beziehungsweise Einzelmitgliedern der Hauptaufgabe die Erhebung eines Extrabeitrags gestattet...

Der Verwaltungsstelle in Guben die Erhebung einer Extrasteuer von 20 Pf. pro Quartal und Mitglied.

Der Verwaltungsstelle in Schmöln die Erhebung einer wöchentlichen Extrasteuer von 5 Pf. pro Mitglied.

Die Erhebung einer wöchentlichen Extrasteuer für die Dauer der Aussperrung in Heseloh.

Von 30 Pfennig wöchentlich pro Mitglied den Verwaltungsstellen in:

- Nachen, Albrechts, Apolda, Bergedorf, Gerburg, Brandenburg, Braunschweig, Bremen, Dresden, Celle, Darmstadt, Dessau, Detmold, Durlach, Eberswalde, Eisenberg, Elmshorn, Eßen, Eßlingen, Fechenheim, Freiburg i. B., Freising, Furtwangen, Fürstentum, Griesheim a. M., Hannover (Schmiede), Harburg (Klempner), Heilbronn (Goldarb.), Hildesheim, Pirch, Jüchenau, Jechow, Kall, Kanustatt, Kestlerbach, Kietz, Köpenick, Köthen, Landslut, Langen, Langenberg, Lauenburg, Ludwigsburg, Magdeburg, Mainz, Meuselwitz, Neudorf, Nürnberg (Mag.), Offenbach a. M., Osterholz-Scharm., Paderborn, Paderborn, Paderborn, Paderborn...

Don 20 Pfennig wöchentlich pro Mitglied den Verwaltungsstellen in Erfurt (Klempner), Feuerbach, Schwelm, Wipperfurth, Wipperfurth, Wipperfurth, Wipperfurth...

ben Einzelmitgliedern in Chemnitz, Leisnig, Birna, Zwickau.

Von 15 Pfennig wöchentlich pro Mitglied den Verwaltungsstellen in Burg, Freiburg i. Schl., Glogau, Grünberg, Guben, Kalbe, Köstlin, Kollat, Ohrdruf, Magdeburg, Wittenberg, Würzburg, Zittendorf.

den Einzelmitgliedern in Glauchau, Greiz, Meeraue, Mügeln, Schwarzenberg.

Von 10 Pfennig wöchentlich pro Mitglied den Verwaltungsstellen in Ludwigshafen, Koburg, Neustadt a. Orla, Senig, Breznitz, Stoltenberg, Herberach, Zerbst.

Von 30 Pfennig einmaltig pro Mitglied der Verwaltungsstelle in Frankfurt.

den Einzelmitgliedern in Löbnitz i. S.

Ausgeschlossen aus dem Verband wird nach § 5 Absatz 7 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Berlin: der Former ? Glander, geb. am 17. Juli 1881 zu Berlin, Buch-Nr. 218 625, wegen Streikbruch.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Kiel: der Former Franz Narrenbach, geb. am 8. Januar 1856 zu Stettin, Buch-Nr. 564 096, wegen unkollegialem Benehmen.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Schwarmberg: der ? Julius Haller, geb. am 9. Juni 1883 zu Schwarmberg, Buch-Nr. 396 215, wegen Betrugs.

Führungen wurden begeistert aufgenommen. Es wurde folgende Resolution in allen drei Versammlungen einstimmig angenommen: „Die heute tagende öffentliche Metallarbeiterversammlung protestiert energisch gegen die wütendsten Auspressungen der Arbeiter; sie erklärt, daß die Arbeiternachweise, wie sie heute von den Metallindustriellen ins Leben gerufen und verwaltet werden, nicht den Bedürfnissen in diesem Beruf entsprechen, sondern nur als Maßregelungsinstrumente zu betrachten sind. Einzig und allein kommt hierdurch nur die Überhebung der Metallindustriellen zum Ausdruck und wird der soziale Friede immer mehr gestört. Den Zerstörerlichen Auspressungen sprechen die Anwesenden ihre volle Sympathie aus und versprechen, für deren trübselige Unterstützung Sorge zu tragen, damit sie den Sieg über die Brutalität ihrer Ausbeuter erringen. Um auch im gegebenen Falle am Orte gegen derartige Maßnahmen der Unternehmer gewappnet zu sein, versprechen die Anwesenden, sich Mann für Mann dem Metallarbeiterverband anzuschließen und für die Ausbreitung der Organisation mit aller Macht einzutreten. Die Mitglieder des Metallarbeiterverbandes aber versprechen, während der Dauer der Zerstörerlichen Auspressung allwöchentlich 20 Pf. an Extraträger zu zahlen.“

Dresden. In einer imposanten Sympathieumgebung für die ausgeperrten Zerstörerlichen Metallarbeiter gestaltete sich die am 9. Mai im großen Saale des Stryanon abgehaltene öffentliche Metallarbeiterversammlung. Der Saal war bis zum letzten Platz besetzt. Kollege Saad erläuterte den Versammelten in ausgereicherter, der Situation entsprechenden Weise die schon in der Presse geschilderten Vorkommnisse, die in Zerstörerlichen zur Auspressung von circa 4000 Metallarbeitern geführt haben. Da nun zur Zeit auch in Bremerhaven 1800 Kollegen ausgeperrt und die Gründe für diese Auspressung von den Unternehmern direkt vom Hause gebrochen sind, so geht man wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß die Zerstörerlichen mit den Bremerhavener Unternehmern solidarisch vorgehen, um den Deutschen Metallarbeiterverband zu vernichten. Doch gemacht ihr Herr! Da redet die deutsche Arbeiterklasse ein Märtyrchen mit. Der Hauptvorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes erkannte, daß außerordentliche Situationen auch außerordentliche Maßnahmen erfordern und unterbreitete deshalb den Verwaltungsräten des Verbandes den Vorschlag: Um die ausgeperrten Kollegen wirksam unterstützen zu können, während der Zeit der Auspressung die wöchentlichen Verbandsbeiträge zu verdoppeln, also von 30 auf 60 Pf. zu erhöhen. Diesen Vorschlag hatte die Versammlung zu diskutieren; der Erkenntnis von der Notwendigkeit dieser Forderung konnte sich niemand verschließen, so daß es zu einer eigentlichen Debatte gar nicht kam. Es ging folgende Resolution ein: „Die heute am 9. Maitagende Metallarbeiterversammlung sieht in dem Vorgehen der Zerstörerlichen Unternehmer gegen die dortigen Metallarbeiter einen Traid zur Vernichtung des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Das darf nicht geschehen. Die Versammlung erklärt deshalb, den Vorschlag des Vorstandes anzunehmen und so lange der Zerstörerlichen Streik dauert, pro Woche 60 Pf. Verbandsbeitrag zu zahlen. Die Zahlung beginnt mit der achtzehnten Woche. Sämtliche Mitglieder Dresdens mit Ausnahme der ausgeperrten und Arbeitslosen haben die Beiträge zu zahlen und werden zur Kontrolle ins Mitgliedsbuch Marken eingeklebt.“ Als der Vorsitzende die einstimmige Annahme dieser Resolution verkündete, da durchbrause ein Beifallssturm den großen Stryanonsaal, wie wir ihn lange nicht erlebt haben. Es bewährte sich hier in schönster Weise das Solidaritätsgefühl, daß die Arbeiterklasse noch immer in Zeiten der Not fest zusammenzuschmiegt hat. Die Zerstörerlichen Kollegen aber mögen hieraus sehen, daß sie nicht allein dastehen, daß sie nicht vergebens kämpfen werden, wir werden alle Kräfte einsehen, wir werden sie nicht ruhen lassen. Der Kampf der Zerstörerlichen Kollegen ist auch der unsere und ihr Sieg unsere schönste Belohnung.

Essen. Eine kombinierte Versammlung der Metallarbeiter, welche zahlreichen Besuch anwies, fand am 8. Mai in Essen-West statt. Arbeitersekretär Limberg-Zerstörerlichen berichtete über den Zustand und warnte die Arbeiter, nicht dem Beschreibsel der bürgerlichen Blätter Glauben zu schenken, dem die Absicht zu Grunde liegt, die Arbeiter irre zu führen; es fehle nur noch, daß dieselben aufforderten, nach Zerstörerlichen zu wandern. Daß in der Rheinisch-Westfälischen Zeitung derartige Behauptungen vom Stapel liefen, wäre nicht wunderbar; aber die „wahrheitsliebende“ Essener Volkszeitung, die ja angibt, auch die Zerstörerlichen zu vertreten, zeige deutlich in ihrem häßlichen Erguß, wie es mit der Arbeiterschaft dieser Gegend zentralwärts bestellt sei. In Zerstörerlichen sei folgendes zu verzeichnen. Die Polizei sei von Stadtrat zu Stadtrat gegangen, auch in denen, in welchen überhaupt die Arbeit nicht gerührt habe, indem sie nach berühmten Mustern kapitalistischer Manier von Montag und Dienstag die Zahl der Arbeitenden zweimal abbiert worden und so habe man dann die Zahl der Streikbrecher herausgeholt; ja, daß die Schornsteine geräumt und Maschinen im Betrieb waren, ist ein Traid der Fabrikanten gewesen, um die Arbeiter zu irritieren. Wohlweislich seien alle Fenster der Fabriken mit Eisen verhängt gewesen, damit niemand das Göttergleichspiel der lezlaufenden Maschinen sehen könnte; aber schon am folgenden Tage rauchten weder Schornsteine noch rasselten Maschinen, es ist die alte Sage wieder eingetreten. Im weiteren schüßerte Redner die dortige Lage und forderte zu reger Unterstützung der ausgeperrten auf. Es wurden zwei Anträge angenommen, eine Extraträger von 30 Pf. die Woche zu erheben, sowie 150 Mk. aus dem Lotafonds dem Gewerkschaftlichen Limberg zu übergeben.

Ostra. Im Saale des Gasthauses zum Martinsgrub fand am 9. Mai eine außerordentliche Mitgliederversammlung der hiesigen Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiterverbandes statt. Die Abwesenheit dort war. Zum ersten Punkt: Massenauspressung der 4500 Metallarbeiter in Zerstörerlichen und Erhebung einer Extraträger, gab Kollege Weder einen ausführlichen Bericht über Ursache und gegenwärtigen Stand der Auspressung. Der Kampf erfordert bedeutende Mittel, der Verband habe wöchentlich 35000 Mk. Unterstützung hierfür anzufordern. Da man aber nicht wissen könne, was die nächste Zukunft noch für Kämpfe bringen wird, habe der Verbandsvorstand sämtlichen Verwaltungsstellen den Antrag unterbreitet, ein wöchentliche Extraträger in Höhe von 30 Pf. pro Mitglied für die Dauer der Auspressung in Zerstörerlichen zu erheben. Sämtliche Redner traten dann für den Antrag ein. Der Antrag des Vorstandes wurde einstimmig angenommen, mit der Einschränkung aber, daß Leihlinge und Arbeiterlose von dieser Extraträger erlassen sein sollen.

Hamburg. Über die Heizungsfirma Doje & Niddendorff ist von der Seivon Heizungs-fabrik wegen fortgesetzter Maßregelung und Schikanierung die Sprache verhalten. Die Firma versucht von sämtlichen Monaten heranzuziehen. Wir ersuchen die Kollegen, die Firma so lange zu meiden, bis die Sache geregelt ist. Näherer Bericht folgt.

Köln-Schrenfeld. Christliche Kampfesweise. In der letzten Nummer des Deutschen Metallarbeiter, Organ des Christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes, befindet sich ein Verhandlungsbericht aus Ehrenfeld, der sich mit dem Streik der Formner von Laubach beschäftigt. Wir wollen den Artikel, soweit er die Sache betrifft, ganz wiedergeben. Er lautet: „Am Sonntag den 2. April hielten wir unsere Versammlung ab. Auf der Tagesordnung stand: Der Streik der Firma Laubach. Die Formner gehören dem „christlichen“ Deutschen Metallarbeiterverband an, während seitens unseres Verbandes ein Kollege, welcher als Maschinist beschäftigt, beteiligt ist. Obwohl unser Kollege an dem Streik nicht beteiligt war, legte derselbe aus Solidarität die Arbeit auch nieder, um die Formner im Kampfe zu unterstützen. Jetzt geschah das Unerhörte, daß ein „Gewisse“ unsere Kollegen in den Räuden fiel, als ein Streikbrecher behauptet wird den Posten als Maschinist verleiht.“ (M.M.) Das ist das Solidaritätsgefühl gewisser „Gewissen“. Aber werden werden es sich unsere Kollegen für die Zukunft. Die Vorstände der christlichen Arbeiter, Herren Sachs und Weder, brauchen ebenfalls manche jährliche Verhandlungswiese der christlichen Sozialdemokraten sein wollende Gesten zum Ausdruck. Kollege Schäfer forderte die Kollegen auf, sich mit dem Verband zu halten und den Maschinisten mit Sympathie entgegenzutreten.“ Es ist noch nicht lange her, daß

wir gewonnen waren, die christliche Maulschere und die Verleumdungslüste der Herren ins richtige Licht zu stellen, und zwar nach dem Streik bei der Firma Post. Jetzt sehen wir nach mitten im Streik und diese christlichen „tätigen Agitatoren“ sind schon wieder an ihrem schmuckigen Handwerk. Wie liegen nun die Dinge in Zerstörerlichen? Als vor fünf Wochen zum erstenmal die Formner bei der Firma Laubach die Arbeit niederlegten, wurde in den ersten Tagen eine Dubenbesprechung einkommen. In dieser Besprechung beschloßen die Dreher und Schlosser, wenn Herr Laubach sich mit den Formnern nicht einigt, die Arbeit niederzulegen. Die Ausständigen traten auch an den Maschinisten heran und fragten ihn, wie er sich dazu stelle. Er antwortete folgende: „Ich habe mich bei unserem Bezirksleiter Böring darüber befragt, dieser hat mir folgende Antwort gegeben: Es ist nirgendwo üblich, daß der Maschinist sich an solchen Ausständen beteiligt. (!) Daran muß ich mich halten.“ Die Sache ist nun so, daß eine Einigung vereinbart wurde, wonach innerhalb drei Wochen ein Tarif ausgearbeitet werden sollte. An dem von Laubach ausgearbeiteten Tarif scheiterte die Sache. Um zum zweitenmal traten die Formner in den Streik; gleichzeitig legten sämtliche Dreher und Schlosser, mit Ausnahme von fünf Schlossern und dem „christlichen Maschinisten“, die Arbeit nieder. Das war Dienstagmorgen; Donnerstagabend hielten die Ausständigen eine Besprechung ab, zu der sie den Maschinisten eingeladen hatten. In dieser Besprechung wurde diesem die Frage vorgelegt, wie er sich zu der Sache stelle und was er zu tun gedente. Die Antwort war folgende: „Ich komme gerade von einer Vorstandssitzung; in dieser wurde mir gesagt, wenn ich die Arbeit niederlege, so mache ich mich konfliktträchtig, denn ich habe acht Tage Kündigung. Auch bin ich verheiratet und habe viele Kinder, und in einer solchen Besprechung hat man mich beleidigt. Aus diesen Gründen kam ich nicht mitmachen. Dann ist auch mein Verdict danach, daß ich nicht zu streiken brauche.“ Mit solchen Redensarten suchte der Mann sich um den Kernpunkt der Sache herumzubringen. Von unserer Seite wurde er nun eindringlich ermahnt, sich die Sache zu überlegen, und gerade weil er einer Organisation, dazu noch der Ortsverwaltung angehört, sei er moralisch verpflichtet, mit in den Zustand zu treten, da hoch alle Arbeiter, mit Ausnahme der fünf, solidarisch gehandelt hätten. Erst nachdem er darauf aufmerksam gemacht wurde, daß wir sein Verhalten und das Verhalten seiner Organisation in dieser Angelegenheit in der Presse zur Sprache bringen würden, wenn er auf seinem Standpunkt beharre, ließ er sich endlich dazu herbei, zu erklären, in der Sache mitzumachen; er wolle aber noch erst am andern Morgen den Kessel anheizen. Auch mit der achtstägigen Kündigung hat es seine eigene Bemoßdung. In dem Betrieb besteht keine Kündigung, auch der Maschinist hatte keine vor dem Streik, und erst innerhalb der dreiwöchentlichen Einigungsfrist hatte der Mann die acht Tage Kündigung mit dem Fabrikanten vereinbart. Mit solchem Solidaritätsgefühl wagen nun diese christlichen Helben zu renommierten. In diesem Falle hätten sie alle Ursache gehabt, Stillstehenden zu beobachten. Nun kommt der schöne Streich, der an Inzime feinsgeschliffen sucht. In dem Artikel heißt es: „Jetzt geschah das Unerhörte, daß ein Gewisse unsere Kollegen in den Räuden fiel u. s. w.“ Wer ist nun dieser angebliche „Gewisse“? Um auf die moralische Vergangenheit dieses Mannes einzugehen, genügt nur, daß wir sagen, er hat sämtliche Stappen durchgemacht. Politisch ist er ein geschworener Anhänger der Zerstörerlichen Partei, wenn auch nicht organisiert. Der Bruder dieses Streikbrechers, der freigewerkschaftlich organisiert ist und unseren Anschauungen huldigt, hat schon früher verschiedentlich versucht, ihn zu unseren Anschauungen zu bekehren, denn er wollte trogaldem noch einen brauchbaren Menschen aus ihm machen, aber sties ist er höhnisch von dem Streikbrecher abgewiesen worden mit den Worten: „Ich bleibe, was ich bin, und das, was man mich gelehrt hat, halte ich auch.“ Der Mann ist also im strengen Sinne christlich erzogen. So liegen die Dinge in Zerstörerlichen. Nun, ihr christlichen Maulschere, wo sind nun die blamierten Europäer? Auf jeden Fall sind es diejenigen, die den Mund in dem Artikel so voll genommen haben. Wie feige diese Gesellschaft ist, beweist folgendes: Am Dienstag fand eine öffentliche Versammlung statt, in der über den Stand des Streiks berichtet wurde; in dieser Versammlung waren auch die christlichen Helben anwesend. Trotzdem aber die Frage des Streikbrechers von einem Versammlungsbesucher angeschnitten wurde, hüllten sich die Helben in tiefes Schweigen. Also in ihren Konventen, wo sie unter sich sind, werden alle möglichen Verleumdungen vorgebracht, und wo es gilt, Auge in Auge den Gegner zu bekämpfen, holt sich diese Helben zu feige, den Mund anzumachen. Unsere Kollegen werden sich die schmutzige Handlungsweise dieser Helben merken. Und trauen sich noch einmal in irgend einem Falle unsere Wege, so werden wir das tun, was wir bis jetzt noch nicht getan haben. Darauf können sich diese Helben verlassen.

Köln-Schrenfeld. Zum Zustand der Arbeiter der Urmaturrenfabrik Laubach fand am 5. Mai eine öffentliche Versammlung im Schützenhaus statt, die gut besucht war und in der der Bezirksleiter Spiegel das Verhalten des Herrn Laubach seinen Arbeitern gegenüber treffend beleuchtete. Laubach treffe allein die Schuld, daß die Arbeiter wieder zum Zustand gezwungen wurden, bei einigem guten Willen hätte er den Zustand vermeiden können. In der Diskussion sprachen verschiedene Redner im Sinne des Referenten; es wurde ermahnt, daß die vier noch beschäftigten Schlosser sich nicht bewegen lassen wollen, die Arbeit niederzulegen. Streikbrecher haben sich bisher nicht gezeigt, außer zwei Guppuzern, wovon der eine als Heizer und Maschinist verwendet wird. Ein Redner macht darauf aufmerksam, daß ein Ingenieur Gutmacher aus Karmen hier Formner angeworben juche für die dort im Streik befindlichen Formner, wovon gewarnt wird. Nach einem Schlusswort des Referenten wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Volksversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten vollständig einverstanden; sie erbißt in dem Verhalten des Fabrikanten Laubach ein angemessenes Vorgehen gegen seine Arbeiter. Denn die Forderungen der Arbeiter waren nicht dazu angetan, es so weit kommen zu lassen, daß die Arbeiter gezwungen wurden, um ihre gerechten Forderungen durchzuführen, in den Zustand zu treten. Und sollte Herr Laubach auf seinem jetzt eingenommenen Standpunkt verharren, so erklären die heute Versammelten, die Ausständigen moralisch und finanziell zu unterstützen und mit allen gesetzlichen Mitteln den Zugang fernzuhalten. Ferner versprechen sie, um für die Zukunft zu verhüten, daß das Unternehmertum die gerechten Forderungen der Arbeiter mit Füßen tritt, sich der Organisation anzuschließen.“ Wie wir erzählen, erzählt Frau Laubach in Ehrenfeld, was Entsetzung gegen die Ausständigen zu machen, daß bei ihrem Namen beschäftigten Arbeiter bis zu 2000 Mk. verdienen. Wenn das der Fall wäre, würden die Arbeiter nicht streiken.

Leipzig. Die Metallarbeiterversammlung, die am 9. Mai im Rautenweg abgehalten wurde, war äußerst zahlreich besucht und gestaltete sich zu einer glänzenden Demonstration der Leipziger Metallarbeiter für die Zerstörerlichen Ausgeperrten. Der Referent, Kollege Frost, wünscht zunächst, daß diese imposante Sympathieumgebung sich auch vorteilhaft für die ausgeperrten gestalten möge. Seit etwa 30 Jahren heissen die deutschen Arbeiter wohl das Koalitionsrecht, aber die Unternehmer wollen die Organisation nicht dulden. Die gewaltige Zunahme unserer Organisation in Zerstörerlichen während der letzten Monate war dem Unternehmertum bedenklich geworden. Ein Gewaltreich, durch das Laubach aufs Pflaster geworden war, sollte die Organisation vernichten. Der neueste Schachung der Kautschuker war die Aufhebung der Auspressung der Ausgeperrten, wenn sich genügend Arbeitsträger zur Verfügung stellen würden. Aber nur 24 Mann sind dem Ruf der Unternehmer gefolgt; an eine Betriebsaufnahme ist unter solchen Umständen nicht zu denken. In den letzten Jahren haben die Auspressungen immer größeren Umfang angenommen. Die Arbeiter haben das nicht zu dulden; das will ausfüllend, auch auf die Zerstörerlichen Arbeiter. In ganzen Rheinland und Westfalen fanden sich die erbittertsten Köpfe der Arbeiter; Arbeitslosigkeit werden dies „Eidorado“ nicht heimischen. Die Auspressung ist eingeschleht, um den Arbeitern die Luft zu verberben, in der gängigen Geschäftskonjunktur Vorteile zu erzielen. Der Kampf in Zerstörerlichen spielt sich zwischen zwei mächtigen

Faktoren ab. Zeigen wir unseren Opfermut, so werden die Unternehmer unsere Kraft fühlen. Mit dem Antrag, während der Dauer der Auspressung in Zerstörerlichen einen Extraträger von 85 Pf. pro Woche zu erheben, schließt der Redner seinen befallsigen, aufgenommenen Vortrag. Der Antrag wird, nachdem beschlossen war, über denselben ohne Diskussion abgestimmt, gegen wenige Stimmen angenommen. Die Extraträger sind in die freien Felder des Jahres 1903 von oben herab zu leben.

Magdeburg, 14. Mal. Hoch die Solidarität! Einen Maßfassen Beweis ihres ausgeprägten Solidaritätsbewußtseins haben am 13. Mai abends in einer stark besuchten Versammlung im „Luisenpark“ die organisierten Metallarbeiter von Magdeburg und Umgebung gegeben. Nachdem Kollege Wob in eingehender Weise die brutale Auspressung der 4000 Zerstörerlichen Metallarbeiter und damit in Verbindung den drohenden Kampf des gesamten Unternehmertums an der unteren Wefer gegen die Organisationen der Arbeiter geschildert und auf die so kolossalen Opfer, die dem Verband dadurch erwachsen, hingewiesen, unterbreitete er der Versammlung nachstehende Resolution: „Die heute am 13. Mai 1903 im „Luisenpark“ tagende außerordentliche Generalversammlung der Verwaltungsstelle Magdeburg des Metallarbeiterverbandes sieht in der Auspressung von 4200 Metallarbeitern durch die Fabrikanten in Zerstörerlichen und in den angekindigten Auspressungen auf den Werkstätten in den unteren Weferorten den Kampf der Unternehmer, die Organisation der Metallarbeiter zu zerstören und beschließt: Die Ortsverwaltung ist ermächtigt und verpflichtet, für die Dauer dieser Auspressungen den doppelten Wochenbeitrag — anstatt 80 Pfennig 160 Pfennig pro Woche — zu erheben. Die Versammlung erklärt, mit aller Energie für die Unterstützung aller streikenden und ausgeperrten Arbeiter tätig zu sein und insbesondere dafür zu sorgen, daß sich die Zahl der Personen, welche das schandbare Gewerbe eines Streikbrechers übernehmen, vermindert.“ Trotz Krise und vermindelter Arbeitszeit, trotz der großen Opfer, die gerade jetzt schon jeder organisierte Arbeiter zu bringen hat, wurde die Resolution ohne Diskussion gegen nur zwei Stimmen angenommen. Nach dem aktenmäßigen Grundgesetz: „Wer schnell gibt, gibt doppelt!“ Erhielt ferner ein Antrag die Zustimmung der Versammlung, den doppelten Beitrag schon von dieser Woche ab einzuziehen. Ausgeschlossen von dieser Belastung sind nur die Arbeitslosen. Wenn in allen Großstädten die Metallarbeiter dieselben Beschlüsse fassen, und nach Lage der Sache ist daran nicht zu zweifeln, dann ist der Schlag der Unternehmer in Zerstörerlichen gegen die Organisation der Metallarbeiter auf das glänzende pariert! Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen und der Aufforderung, sich möglichst zahlreich am dem am Sonntag stattfindenden Flugblattverbreitung zu beteiligen, wurde die Versammlung mit einem dreifach donnernden Hoch auf den Deutschen Metallarbeiterverband und die Solidarität der Arbeiter geschlossen.

Mannheim. In der am 7. Mai in der Zentralhalle abgehaltenen außerordentlichen Versammlung erstattete zunächst Kollege Schneider den Geschäftsbericht über das erste Quartal. Die Gesamteinnahmen und Ausgaben bilanzieren mit 6246,44 Mk. Im ersten Quartal 1902 betrugen die Einnahmen 3180,63 Mk. Die Einnahmen haben sich also gegen das gleiche Quartal des Vorjahres nahezu verdoppelt. Dieses überaus erfreuliche Ergebnis ist im wesentlichen eine Folge des Streiks bei Lang. In erster Linie gebührt also Herrn Lang resp. den Leitern seines Establishments die Ehre, diesen riesigen Mitgliederzuwachs herbeigeführt zu haben, sie haben sich als die besten Agitatoren für den Verband erwiesen. Die Rechnungsprüfungskommission hat die Kasse und Bücher in Ordnung befunden und beantragt Dechargeerteilung. Die Versammlung beschließt demgemäß, Geschäftsführer Schneider erstattete hierauf das Referat zu Punkt 2 der Tagesordnung: Antrag auf Erhebung eines wöchentlichen Extraträgers auf die Dauer der Auspressung unserer Verbandskollegen in Zerstörerlichen. Die ganze Bewegung, bemerkt Redner, sei veranlaßt durch den Kampf der Kollegen um die Anerkennung des Verbandes, würde gegen die Haltung des Unternehmertums dorten nicht Front gemacht, so würde die Tätigkeit des Verbandes auf Jahre hinaus brach gelegt. Von Seiten der Polizei geschieht das Möglichste, um die Arbeiter zu provozieren, der Staat unterstützt die Unternehmer auf jede erdenkliche Weise. Circa 35000 bis 40000 Mk. seien wöchentlich notwendig zu Unterstützung. Der Hauptvorstand habe in Anbetracht der erheblichen Opfer den Antrag gestellt, einen wöchentlichen Extraträger von 30 Pf. zu erheben. Zahlreiche Redner seien schon dem Ruf der Verbandsleitung gefolgt und Redner hofft, daß auch die Mannheimer Kollegen dem Beispiel dieser Zahlstellen folgen, besonders, da man auch in Mannheim, wie die Bewegung bei Lang gezeigt habe, vor gleichen Eventualitäten wie in Zerstörerlichen nicht sicher sei. Das Unternehmertum müßte durch das einmütige Vorgehen der Kollegen Deutschlands endlich zu der Einsicht kommen, daß der Verband ein Machtfaktor sei, mit dem man wohl oder übel rechnen müsse, der das Recht für sich in Anspruch nehme, mitzusprechen bei Festsetzung der Arbeitsbedingungen. An die Ausführungen des Referenten schloß sich eine längere Diskussion. Sämtliche Redner hatten es für eine Ehrenpflicht, die streikenden Kollegen in Zerstörerlichen zu unterstützen. Sie schamten einen Beitrag von 30, Dört einen solchen von 20, Löher 15 Pf., da letzterer Beitrag vollständig ausreichen sei. In seinem Schlusswort ersucht Schneider dringend, einen Beitrag von 30 Pf. zu erheben. Gerade die Metropole der Industrie des Oberheins müßte einen Stolz darin setzen, den übrigen Verbandskollegen ein nachahmenswertes Beispiel von Opferwilligkeit zu geben. Einstimmig wird hierauf ein Vermittlungsantrag Schneider angenommen, lautend: „Der Geschäftsführer wird beauftragt, sofort Marken à 30 Pf. und Karten anfertigen zu lassen. Damit schnelle Hilfe zur doppelten Hilfe wird, muß jedes Mitglied ab 1. Mai bis zur Beendigung der Auspressung in Zerstörerlichen wöchentlich eine Marke lösen. Die Marken dürfen auch an Nichtorganisierte verschleißt werden.“ — Der letzte Punkt der Tagesordnung betraf die Regelung des Vertragsverhältnisses mit dem Geschäftsführer. Nach kurzer Diskussion wurde dem Antrag des Vorstandes gemäß beschlossen. Die Kündigung des Geschäftsführers kann nunmehr nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs vierteljährlich erfolgen, während er sich seit her einer jährlichen Neuwahl zu unterziehen hatte.

Kürnberg. In der am 11. Mai abgehaltenen kombinierten Mitgliederversammlung wurde beschlossen, wöchentlich einen Extraträger von 30 Pf. zu erheben. Außerdem sollen Bonus à 20 Pf. hergestellt werden und zur Ausgabe gelangen.

Schwelm. Der Zug von Drahtziehern ist von der Firma Reinhard, Altkinggesellschaft, wegen angebrohter Auspressung fernzuhalten. 21 Drahtzieher stehen in Kündigung.

Zangerhütte. Die erste Versammlung für die moderne Arbeiterbewegung wurde hier am 6. Mai vom Deutschen Metallarbeiterverband abgehalten. Der Bezirksleiter des Metallarbeiterverbandes für den fünften Bezirk, Otto Wob, Magdeburg, referierte über „Die sozialen und wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter“. Die tausendköpfige Masse der Arbeiter, die den geräumigen Saal, die Nebenzimmer und den Garten füllte, hörte mit Aufacht und Interesse die 2 1/2 stündige Rede des Referenten an. Brausender Beifall wurde zum Schlusse der Rede gezollt. Der Referent schilderte den Kampf, den es uns gefolgt hat, um in Zangerhütte festen Fuß zu fassen. Geheime Mächte veranlassen, daß uns im Orte keine soziale zur Aufnahme von Mitgliedern, zur Zahlung von Beiträgen und zur Abhaltung von Versammlungen zur Verfügung gestellt wurden. Der Grund auf die Arbeiter war aber ein zu harter gewesen. Sie sahen ein, daß nur die Organisation Hilfe bringen konnte. Deshalb folgten sie den Worten verpändiger Leute und schlossen sich dem Deutschen Metallarbeiterverband an. Ein Zurück war trotz Hunger und Peinische nicht mehr möglich, mit jähher Ausdauer blieben die Arbeiter auf dem einmal betretenen Wege. Die Beitragszahlung fanden in der ersten Zeit unter Aufsicht des Gendarmen statt, der nicht empfand, daß er den Arbeitern in ihrer privaten Zusammenkunft lästig war. An einem Abend mußte von einem Vokal aus andern gemindert werden, stets folgte der Gendarm und immer gab er dem besuchten Wirt zu verstehen, daß er den Besuch der Arbeiter nicht leiden solle. Versammlungen konnten nicht abgehalten werden.

weil die Wirte keinen Saal hergaben. Versammlungen unter freiem Himmel wurden nicht annehmbar, weil die öffentliche Ruhe und Ordnung „gestört“ werden könnte. Auch hierin ist Hilfe geschaffen worden. Die Metallarbeiter stellten ihre Versammlungen in dem 20 Kilometer entfernten Stendal ab. Der Siegerzug der Arbeiterbewegung ist nicht aufzuhalten. In Tangerhütte wurde der Einzug der Arbeiterbewegung mit der Versammlung in würdiger Weise gefeiert. Alsdann schiederte Hedner die Lage der Arbeiter bei der Firma Franz Wagenführ in Tangerhütte, die Entlassung, die Verhältnisse und die Behandlung durch die Vorgesetzten. Die zunehmenden Zwischenfälle ließen erkennen, wie sehr den bedrückten Arbeitern aus dem Herzen gesprochen wurde. Von diesen naheliegenden Klängen ging Hedner auf die allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Kämpfe über. Er schloß mit der Aufforderung: Ginein in die Gewerkschafts-Verbände und wählet am 16. Juni den Vertreter der Arbeiter, Ferdinand Bender, Magdeburg, in den Reichstag. — Nach einer kurzen Pause und nachdem sich trotz mehrmaliger Aufforderung keiner zum Wort meldete, um den Ausführungen des Hedners entgegenzutreten, wurde die erste Versammlung für die moderne Arbeiterbewegung in Tangerhütte mit einem dreimaligen braufenden Hoch auf den Deutschen Metallarbeiter-Verband und die allgemeine Arbeiterbewegung geschlossen. — Wähnen ist ein Dorf mit 5000 Einwohnern, in dessen Feldmark das Eisenhütten- und Emailierwerk „Tangerhütte“ der Firma Franz Wagenführ liegt, in der Nähe von Stendal. Auf der Hütte sind ungefähr 1200 bis 1300 Arbeiter beschäftigt, die zum Teil in Wähnen, zum Teil in den umliegenden Orten wohnen. Wähnen ist im Laufe der Zeit im Volksmund und im Geschäftsverkehr in „Tangerhütte“ umgetauft worden.

**Zorge a. S.** In Blankenburg a. S. und Zorge a. S. (dazu gehört Mübelsand a. S.) streifen die Former und sonstigen Metallarbeiter der Harzer Werke noch, weil die Direktion die minimalen Forderungen der Arbeiter nicht bewilligen will. Die Anwendung von Streikbrechern wird versucht, gelangt aber nicht. In Zorge sind im Laufe der vorigen Woche drei junge Leute, die in den Eisenbahnerwerkstätten in Blankenburg a. S. die Schlosserei erlernen haben sollen, unter der Leitung eines Bahnbeamten zur Verrichtung von Streikarbeit eingetroffen. Die armen Kerle haben aber so wenig gelernt, daß sie nicht nützlich verwendet werden können. Mit solchen Streikbrechern ist den Streikenden kein Schaden zugestiftet, wohl aber den Aktionären der Harzer Werke. Daß auf die Anwendung von Streikbrechern acht gegeben werden muß, ist selbstverständlich. Zur Beachtung teilen wir mit, daß die Direktion in Blankenburg a. S. und Zorge a. S. Schlafräume hergestellt und mit 50 Betten ausgerüstet hat. Jetzt sollen sie kommen, die Streikbrecher. Metallarbeiter, geht nicht auf verlockende Versprechen ein. Prüft und fragt um Auskunft! Es darf keiner Streikbrecher werden. Für den Schutz der Harzer Werke sorgt ganz unzulängliche der braunschweigische Staat. Mit den drei Streikbrechern trafen sechs Gendarmen in Zorge a. S. ein. Je drei Gendarmen brachten die drei Streikbrecher früh und mittags von ihrer Schlafstube zur Arbeit und mittags und abends zurück. So etwas haben die Einwohner von Zorge noch nie gesehen und deswegen schaut das ganze Volk dem Treiben mit großem Interesse und Vergnügen zu. Hoffentlich steht die Staatsregierung bald ein, daß das Geld der Steuerzahler unnützlich verschwendet wird und ruft die überflüssigen Gendarmen ab. Bemerken wollen wir, daß die kommandierten Beamten sich sehr verständig betragen. Die Ruhe in Zorge ist also nicht gestört worden. Es herrscht nach wie vor Ruhe und Ordnung trotz des Unmutes unter den Arbeitern.

**Schlösser.**

**Groißsch.** In der am 13. Mai im Saale zur „Grünen Aue“ abgehaltenen öffentlichen Einwohnerversammlung führte Kollege R. Böhm aus Leipzig als Referent etwa folgendes aus: Schon vor Jahren und zuletzt im Jahre 1898 mußten wir uns mit der Firma Ernst Stengler beschäftigen, da derselbe schon öfter versucht hat, erhebliche Lohnreduktionen vorzunehmen. Auch jetzt wäre es aus diesem Grunde zum Ausstand gekommen. Hedner gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß die Groißschlager Schlossbauer die Kraft besitzen, die Absichten des Fabrikanten zurückzuweisen, und wenn der Kampf sich etwa in die Länge ziehen sollte, sei es an der Zeit, auch mit Forderungen an die hiesigen Schlossfabrikanten heranzutreten. Zum Schluß wandte sich der Redner an die Anwesenden mit dem Ersuchen, die Streikenden auch moralisch zu unterstützen. Hierauf wurde von der Streikleitung die Höhe des bisherigen Lohnes bekannt gemacht und der Versammlung der Anlaß und die Gründe des Ausstandes nochmals in eingehender Weise vor Augen geführt. Darauf kritisierten verschiedene Redner das Verhalten des Fabrikanten, unter anderem wurde auch die Redensart von der Konkurrenz entsprechend beleuchtet. Nachstehende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heute im Saale der Grünen Aue stattfindende Einwohnerversammlung erklärt sich nach Anhören der streikenden Schlossbauer mit denselben einverstanden und verspricht dieselben moralisch zu unterstützen.“

**Zinngießerei.**

**Nürnberg.** Am 15. Mai wurde an die hiesigen Fabrikanten und Meister eine Tarifvorlage eingereicht. Wir ersuchen deshalb alle auswärtigen Kollegen, den Zugang nach Nürnberg unter allen Umständen zu vermeiden. Näherer Bericht folgt. Anfragen sind an Fr. Späth, Peholdstr. 11/0, zu richten.

**Rundschau.**

**Geldfaktariatismus.**

In seinem Buche „Sozialpolitik und Handelspolitik“ gibt Professor Diekel eine Zusammenstellung, die auf die Praxis der Geschäftspatrioten ein helles Licht wirft. Es heißt da: Im Einverständnis mit dem Zuckerkartell verläufte Anfang 1901 eine Köhler Raffinerie Würfelzucker in Säcken nach der Schweiz für 29 1/2 Fr. pro 100 Kilo. Der Kartellpreis in Deutschland für Würfelzucker in Säcken war 31,95 Mk. pro 50 Kilo, unter Berücksichtigung der Differenz in der Verpackung gleich 62 Mk. pro 100 Kilo; hiervon gingen ab 20 Mk. für Steuer und 3,55 Mk. Exportprämie — so daß also das Kartell von dem nationalen Konsumenten (in Deutschland) einen Preis von 38,45 Mk. verlangte, von dem Schweizer Kunden nur 29,75 Mk. (= 29 1/2 Fr.)

Der Nickelstahlplattenring, an dessen Spitze die Firma Krupp steht, lieferte dem Reichsmarineamt die Tonne für 2320 Mk., den Vereinigten Staaten für 1920 Mk., also um etwa 17 Prozent billiger.

In einem Bericht vom oberösterreichischen Eisenblech- und Drahtmarkt hieß es neulich: Man notiert Grundpreise ab Werk für Thomaßkugelnbleche 140 Mk. pro Tonne, Siemensmartinbleche 140 bis 150 Mk., Kesselbleche prima Qualität 160 bis 180 Mk. Für den Export bewegen sich die Grundpreise zwischen 100 Mk. und 125 Mk. pro Tonne ab Werk. Man notiert Walzdraht zu 135 bis 145 Mk. pro Tonne, gezogenen Stabeisen Draht zu 147,50 Mk. bis 150 Mk., gezogenen Stahldraht zu 170 bis 175 Mk., Drahtstücke zu 205 bis 210 Mk. Für den Export 10 bis 20 Mk., je nach der Relation billiger. Einige Wochen später: „Die Verbandsnotierungen lauten 140 Mk. für gewöhnliche Handelsqualitätsbleche in Stubeisen pro Tonne bei Frachtkostenlage Offen, Siegen, Dillingen, Königslautachhütte; die Exportpreise für gewöhnliche Handelsqualität 115 bis 125 Mk. ab Werk.“ „Mit russischen Abnehmern sind in letzter Zeit größere Objekte an Grob- und Mittelblechen zum Abschluß gelangt auf Basis von 115 bis 120 Mk. pro Tonne Grundpreis franco Grenze unverzollt.“

Die Prellage stellt sich im hiesigen Revier auf 140 bis 180 Mk. franko Grundpreis — franko Waggon (Erfangstation des deutschen Abgabegebiets — je nach der Relation, während die Exportpreise Erlöse von etwa 100 bis 115 Mk. ab Werk erlassen. Bericht vom oberösterreichischen Wasserstraßen- und Kanalbauten machen ihren auf die Schwächung der Kräfte günstigen Einfluß geltend. Nun hat auch die Regierung die von uns besprochene Denkschrift des Vereins der Maschinen- und Montanindustriellen über die Krise in der Eisenindustrie beantwortet. Sie ließ ihrer Antwort einen Nachtrag folgen, in dem mitgeteilt wird, daß die Staatsbahnen und Privatbahnen in den Jahren 1903, 1904 und 1905 größere Bestellungen machen werden. Der Aufwand wird in diesen drei Jahren 127.070.300 Kr. betragen. Er verteilt sich folgendermaßen: Lokomotiven, Wagen und Bremsen 40.904.000 Kr., Brückenkonstruktionen 14.938.450 Kr., Schienen, Oberbaukleinmaterial z. 5111.650 Kr., Mechanische Einrichtungen, Sicherungsanlagen und Diverse 18.076.800 Kr., Telegraphenleitungen und Einrichtungen, Signale z. 2.699.000 Kr., zusammen 127.670.300 Kr. Von diesem Betrag entfallen auf das Jahr 1905 65,8 Millionen, auf das Jahr 1904 41 Millionen, auf das Jahr 1903 20,5 Millionen. In diesen Summen ist allerdings auch der Wert der Produkte enthalten, die die Südbahn und die Staatseisenbahngesellschaft in ihren eigenen Werksstätten herstellten; er beträgt 21.632.400 Kr. 13 Millionen davon gehen auf Schienen und Oberbaukleinmaterial auf. Die Regierung glaubt, daß in den Jahren 1904 und 1905 größere Bestellungen werden gemacht werden, als bisher vorgesehen und in denen die mitgeteilten Ziffern berücksichtigt werden.

In der Metallindustrie macht sich mehr als früher das Bestreben nach Kartellen, Kombinationen und Fusionen bemerkbar. Über die Verbindung der Eisenartefisten, die Fusionierung der Simmeringer und Könnigsfelder Waggonfabrik, die von den Generalversammlungen dieser Gesellschaften genehmigt wurde, und über die Errichtung eines gemeinsamen Verkaufsbüros der Emailfabriken haben wir bereits berichtet. Nun wird aus Prag gemeldet, daß die großen Maschinenfabriken Böhmens — Prag ist im Zentrum des österreichischen Maschinenbaues — Vereinbarungen untereinander herbeiführen wollen. Es sind Bestrebungen im Zuge, einen Zusammenschluß der sechs größten böhmischen Maschinenfabriken in Prag: Maschinenbau-Aktiengesellschaft vormals Breitfeld, Lanek & Co., Maschinenfabrik-Aktiengesellschaft vormals Krupka & Co., Wörmisch-mährische Maschinenfabrik J. Ringhöffer, Sodawerke-Aktiengesellschaft und Märts, Brodowsky & Schulz, in Fragen, in welchen gemeinschaftliche Interessen bestehen, herbeizuführen. Es sollen Mittel und Wege gefunden werden, um die ungünstige Situation, in welcher sich die Maschinenindustrie befindet, nach Möglichkeit zu beheben. In erster Linie sollen Vereinbarungen getroffen werden, um die Unterbietungen der Maschinenfabriken untereinander zu beseitigen. Ferner soll andere: Uebelständen, die sich in der Geschäftsführung der Maschinenfabriken in der letzten Zeit im Zusammenhang mit der Stagnation dieser Industrie gezeigt haben, ein Ende gemacht werden.

„Die mit Hilfe des Grobblechsyndikats im Inland erzielten hohen Preise für Kesselbleche gestatten den Verbänden vorer ihre überschüssige Produktion gleichsam à tout prix ins Ausland abzugeben. Der deutsche Maschinenbau muß diese Rechnung bezahlen.“ (Bericht vom rheinisch-westfälischen Eisenmarkt.)

Während der Käufer von Walzdraht seitens des Syndikats Anfang 1900 gezwungen wurde, zu 185 Mk. pro Tonne abzuschließen, wurde von großen Werken schon im Herbst 1900 Draht zu 105 Mk. ins Ausland verkauft; im Inland stand der Drahtpreis im Juni 1901 auf 135 Mk., Webedrähte wurden an die Konkurrenz in England zu Preisen verkauft, welche zum Teil auf ersteren Walzdrahtpreisen basierten. Die englischen Fabrikanten hatten also den Draht nahezu um die Hälfte des Einfuhrzolles billiger als wir deutschen.“ (Bericht des Neuwalzewerks Hösverbe.)

Die Trägerwerke sind noch mangelhaft beschaffigt und suchen aus dem Ausland Aufträge hereinzuholen zu Preisen, die in Rücksicht auf die beständige Konkurrenz bis auf 78 Mk. Frachtbasis Bursach herabgegangen sind; der Inlandspreis des Syndikats beträgt 112 Mk. Frachtbasis Bursach.“ (Bericht vom rheinisch-westfälischen Eisenmarkt.)

Und diesen Raub am eigenen Lande nennen diese „Patrioten“ dann „Schutz der nationalen Arbeit“ und fordern im gleichen Atem noch höhere Zölle!

**Ein höchst originelles Urteil.**

erließ das Dresdener Amtsgericht gegen den Deutschen Metallarbeiter-Verband (Zahlstelle Dresden). Allerdings handelt es sich um ein Veräumnisurteil, das angefochten werden wird. Das Urteil besagt nichts geringeres, als daß der Metallarbeiter-Verband einen Arbeitswilligen namens Barisch aus Röhren, den er wegen Streikbruchs angeklagt hatte, wieder aufnehmen habe. Das Vorgehen des Amtsgerichts war durch die Auslagen und Beschwerden des Arbeitswilligen an Amtsstelle veranlaßt. Barisch, ein Metall- und Feingoldschläger, hatte dem Amtsgericht angegeben, er habe während des neunwöchigen Feingoldschlägerstreiks, der zu Ostern vorigen Jahres in Dresden stattfand, deshalb Streitarbeit verrichtet, weil er vom Verband keine Streikunterstützung erhielt. Vom Verband sei er wegen Streikbruchs ausgeschlossen worden. Es sei ihm nun unmöglich, wieder Arbeit zu erhalten, da nach dem Streik die bisher außerhalb stehenden Meister der Tarifgemeinschaft der Feingoldschläger Dresdens beigetreten seien und ihn als Streikbrecher nicht mehr beschäftigen dürften.

Diese Angaben sind unrichtig. Barisch war schon 8 Wochen vor Ausbruch des Streiks krank und arbeitslos. Er gehörte deshalb nicht zu den Streikenden. Erst während des Streiks kam er zum Vorschein und beantragte Streikunterstützung, die ihm natürlich nicht gezahlt werden konnte. Da Barisch erst 7 Wochen Mitglied war, stand ihm auch keine Arbeitslosenunterstützung zu. Es wäre seine Pflicht gewesen, während des Streiks anderweitig Arbeit außerhalb seines Berufs zu suchen. Das war für ihn um so leichter, als er auch Metallschläger ist. Zweifellos dürfte die Berufsgerichtsinstanz das Veräumnisurteil aufheben und Barisch mit seinem Verlangen abweisen. Originell bleibt jedenfalls, daß eine Behörde einer Gewerkschaft mit Gewalt ein Mitglied zuführt, während man doch im allgemeinen sonst nur davon hört, daß von Seiten der Arbeitgeber und Behörden den Gewerkschaften Mitglieder abspennt gemacht werden. Das Amtsgericht, das übrigens in der Anlage Beschriftung ganz im Stile der Zuchthausvorlage unseligen Andenkens von „Streitern und sonstigen Lurcheu“ redet, hätte jedenfalls gut getan, vor Erhebung der Anklage einmal das Statut des Metallarbeiter-Verbandes durchzulesen. Dann wäre voransichtlich die Anklage unterblieben.

**Die Nürnberger Gewerbegerichtswahl**

ergab einen glänzenden Sieg der Gewerkschaften. Von den 8084 abgegebenen Stimmen fielen auf die Liste des Gewerkschaftskartells 7618, auf die Liste der Kirch-Dunderschen und ihrer Verbündeten 471 Stimmen. Für die Kirch-Dunderschen war die „freimüthige“, volksparteiliche und nationalliberale Presse eingetreten. Von den 471 Stimmen, die die Kirch-Dunderschen errungen haben, ist gut die Hälfte in Abzug zu bringen, die sie auf Grund eines infamen Wahlmanövers ergatterten. Sie hatten nämlich mehrere bekannte Gewerkschaftler mit auf ihre Liste gesetzt, darunter den Vorsitzenden des Gewerkschaftskartells an erster Stelle, den Landtagsabgeordneten Merkel u. s. w., auch einige Christliche figurirten darauf. Die Veröffentlichung dieser Kandidatenliste erfolgte so spät, daß eine genügende Aufklärung nicht rechtzeitig mehr gegeben werden konnte. Als sie erfolgte, waren zweifellos schon viele Arbeiter auf den plumpen Schwindel hineingefallen. Auch die Christlichen protestirten gegen dieses Wahlmanöver. Die Kirch-Dunderschen und ihre national-liberal-freimüthig-volksparteilichen Verbündeten haben nun die Quittung, daß sie selbst auf Grund des Proporges nicht Anspruch auf einen ganz Vertreter im Gewerbegericht machen können, die Stimmenzahl reicht dazu nicht aus.

**Für Eltern und Fortbildungsschüler.**

Eine interessante Entscheidung des Reichsgerichts. Ein Fortbildungsschüler leistete der Aufforderung des Lehrers, die Wau zu verlassen, nicht Folge und widerstrebte sich, als der Lehrer Gewalt anwenden wollte. Der Vorfall kam zur Anzeige. Der Requisite erhielt von der Strafammer wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt 14 Tage Gefängnis. Der Vater des Verurtheilten legte beim Reichsgericht Berufung ein, die aber verworfen wurde und zwar mit der Begründung, daß der Lehrer in Ausübung seines Berufs als Beamter anzusehen sei und daß ein demselben bei Ausübung des Beamtenrechts geleisteter Widerstand als Widerstand gegen die Staatsgewalt nach § 118 des Reichsstrafgesetzbuchs zu bestrafen sei. Der Junge mußte seine 14 Tage „abbräumen“.

**Robeisse bei Krupp.**

Die Firma hat in allen Betrieben, welche dafür in Betracht kommen, Umfrage halten lassen nach tüchtigen Monteuren, welche einer fremden Sprache mächtig sind, am liebsten französisch, und bei der Artillerie gedient haben. Diese Leute sollen im Ausland Verwendung finden bei dem Aufbau der seit stehenden Kanonen in Rohr- und Laufgeschütze. Im Lohn wird diesen Leuten in Aussicht gestellt 6,50 Mk. täglich bei Verbindung im Auslande und 4,00 bis 4,50 Mk. Lohn während der Zeit, in welcher sie hier in ihrem Betriebe arbeiten, bis sich Verwendung für sie findet nach dem Auslande. Anreisegelder kann sich wohl die Werkfirma nicht geben als durch solches Angebot. Freilich die höheren Beamten, welche man zu diesem Zwecke verwenden, werden repräsentationsfähig ausgestattet, bei den Arbeitern hat man das nicht nötig, da läßt man sich von jeder anderen Firma in den Schatten stellen.

**Deutscher Arbeiter-Absinterven- und (Sinn) Berlin.**

Laut Beschluß der Konferenz der abstinenten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, die am 13. und 14. April d. Jz. in Bremen tagte, haben sich sämtliche Arbeiter-Absinterven-Vereine Deutschlands zu einer Zentralorganisation zusammengeschlossen, welche obigen Namen führt. Die Arbeiter-Absinterven hoffen durch diese Organisation eine nachhaltiger Propaganda gegen den Alkohol inmitten der klassenbewußten Arbeiterklasse führen zu können. — Alle den Bund betreffenden Anfragen sind zu richten an den Vorsitzenden W. Riethe, Berlin N. W. 87, Mostoderstraße 14. Alle Geldsendungen wollen man an den Kassierer W. Siehm, Berlin S. O. 88, Brangelstraße 48, adressieren.

**Vom Ausland.**

**Osterreich.**

Die Krise in der Metallindustrie ist noch immer nicht geschwunden, obwohl immerhin Merkmale für die Besserung der industriellen Verhältnisse sich zeigen. Gesteigerte Bauaktivität, die Inauguration mehrerer Bahnbauten und die hoffentlich in Wäld-

beginnenden Wasserstraßen- und Kanalbauten machen ihren auf die Schwächung der Kräfte günstigen Einfluß geltend. Nun hat auch die Regierung die von uns besprochene Denkschrift des Vereins der Maschinen- und Montanindustriellen über die Krise in der Eisenindustrie beantwortet. Sie ließ ihrer Antwort einen Nachtrag folgen, in dem mitgeteilt wird, daß die Staatsbahnen und Privatbahnen in den Jahren 1903, 1904 und 1905 größere Bestellungen machen werden. Der Aufwand wird in diesen drei Jahren 127.070.300 Kr. betragen. Er verteilt sich folgendermaßen: Lokomotiven, Wagen und Bremsen 40.904.000 Kr., Brückenkonstruktionen 14.938.450 Kr., Schienen, Oberbaukleinmaterial z. 5111.650 Kr., Mechanische Einrichtungen, Sicherungsanlagen und Diverse 18.076.800 Kr., Telegraphenleitungen und Einrichtungen, Signale z. 2.699.000 Kr., zusammen 127.670.300 Kr. Von diesem Betrag entfallen auf das Jahr 1905 65,8 Millionen, auf das Jahr 1904 41 Millionen, auf das Jahr 1903 20,5 Millionen. In diesen Summen ist allerdings auch der Wert der Produkte enthalten, die die Südbahn und die Staatseisenbahngesellschaft in ihren eigenen Werksstätten herstellten; er beträgt 21.632.400 Kr. 13 Millionen davon gehen auf Schienen und Oberbaukleinmaterial auf. Die Regierung glaubt, daß in den Jahren 1904 und 1905 größere Bestellungen werden gemacht werden, als bisher vorgesehen und in denen die mitgeteilten Ziffern berücksichtigt werden.

In der Metallindustrie macht sich mehr als früher das Bestreben nach Kartellen, Kombinationen und Fusionen bemerkbar. Über die Verbindung der Eisenartefisten, die Fusionierung der Simmeringer und Könnigsfelder Waggonfabrik, die von den Generalversammlungen dieser Gesellschaften genehmigt wurde, und über die Errichtung eines gemeinsamen Verkaufsbüros der Emailfabriken haben wir bereits berichtet. Nun wird aus Prag gemeldet, daß die großen Maschinenfabriken Böhmens — Prag ist im Zentrum des österreichischen Maschinenbaues — Vereinbarungen untereinander herbeiführen wollen. Es sind Bestrebungen im Zuge, einen Zusammenschluß der sechs größten böhmischen Maschinenfabriken in Prag: Maschinenbau-Aktiengesellschaft vormals Breitfeld, Lanek & Co., Maschinenfabrik-Aktiengesellschaft vormals Krupka & Co., Wörmisch-mährische Maschinenfabrik J. Ringhöffer, Sodawerke-Aktiengesellschaft und Märts, Brodowsky & Schulz, in Fragen, in welchen gemeinschaftliche Interessen bestehen, herbeizuführen. Es sollen Mittel und Wege gefunden werden, um die ungünstige Situation, in welcher sich die Maschinenindustrie befindet, nach Möglichkeit zu beheben. In erster Linie sollen Vereinbarungen getroffen werden, um die Unterbietungen der Maschinenfabriken untereinander zu beseitigen. Ferner soll andere: Uebelständen, die sich in der Geschäftsführung der Maschinenfabriken in der letzten Zeit im Zusammenhang mit der Stagnation dieser Industrie gezeigt haben, ein Ende gemacht werden.

**Belgien.**

Die Bedeutung und Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter hat in Belgien von politischer Seite nun endlich auch die nötige volle Anerkennung gefunden. Auf dem Parteitag der belgischen Sozialdemokratie wurde eine Reihe praktischer Maßnahmen in die Wege geleitet, die jeden Gewerkschaftsraum mit freudiger Genugung erfüllen. Es mag der deutschen Anschauung etwas sonderbar klingen, daß eine politische Partei bestimmend in das innere und äußere Leben einer Gewerkschaft eingreift; aber in Belgien ist das selbstverständlich. Hier bewegen sich so ziemlich alle öffentlichen Institutionen im politischen Fahrwasser. Nicht nur über dem Syndikat, auch über Universitäten, Volksschule, Konsumgenossenschaft, Wohltätigkeitsbazar u. weht, je nachdem, die rote, blaue oder schwarze Parteifahne. Die einen ohne die anderen sind schwer denkbar.

Die moderne belgische Arbeiterbewegung wird gebildet von den drei großen Teilen: korporative, politische Organisation und Gewerkschaft. Die lokalen Sektionen dieser drei Einheiten leisten ihre Parteibeträge (10 Cents pro Jahr und Mitglied) entweder durch ihre Zentrale oder selbst direkt. Ihren statutarischen Bestimmungen fehlen und fehlt noch vielfach die den Charakter bezeichnende Präzision. Obwohl der Name beim der Zeile ein besonderes Wirkungsfeld bestimmt, erstreckt sich dieses doch auf alle möglichen Gebiete; die Fäden ihrer Tätigkeit laufen hant durcheinander. Eifersüchteleien und Grenzstreitigkeiten konnten zwischen ihnen nicht entstehen. Auf dem gemeinsamen Parteitag wurden alle drei mit gleichen Rechten gleich freundlich willkommen geheißen. Die Partei verteilte als gute Mutter ihre Liebe und Hilfe in unparteiischer Weise.

Allein im Laufe der Zeit blieben die Gewerkschaften in ihrer Entwicklung zurück. Oder richtiger: ihnen fielen schwerere und wichtigere Aufgaben zu, die allein zu erfüllen sie zu schwach sind. Als der Schlüssel aller ernsten sozialpolitischen Reformen wird das allgemeine gleiche Wahlrecht angesehen. Dessen Eroberung verlangt eine starke, disziplinierte und kampfbereite Armee. Als diese können eben nur die Gewerkschaften gelten, deren Natur und Zweck allein schon einen stets disponiblen Kampftrupp, Disziplin und stets bereite Schlagfertigkeit erheischt. In den nächsten Wahlrechtskämpfen, die nächste Jahr schon wieder entbrennen können, soll der Generalstreik die entscheidende Rolle spielen. Der Generalstreik, dessen Wirksamkeit und Durchführbarkeit ist ja in deutschen Landen mit geteilten Meinungen diskutiert worden. Nicht so in Belgien. Hier ist man trotz aller unglücklichen Verläufe der letzten Zeit von der Möglichkeit der erfolgreichen Anwendung dieser ökonomischen Waffe in politischen Kämpfen fester denn je überzeugt. Es würde jetzt zu weit führen, den Gehaltungen, der unsere belgischen Genossen zu dieser Erkenntnis und Beharrlichkeit führte, hier des Ausführlichen zu erklären; darüber wiederholt ein andermal.

Nun ist, wie gesagt, eine Meinung über die Möglichkeit und Wirksamkeit des Generalstreiks. Nur ist man ebenso fest überzeugt, daß seine Anwendung nur erst dann in Frage kommen kann, wenn er allenthalben ernstlich von langer Hand vorbereitet ist; und besonders, wenn die Gewerkschaften selbst die diesbezüglichen Vorbereitungen vollendet haben und sich selbst entschlossen und stark genug fühlen, ihn zu erklären und durchzuführen. Hinsure soll und kann diese Bewegung nicht mehr von oben herunter dekretiert werden, sondern muß von unten, von der breiten Masse aus gehen. Hierbei fällt den Gewerkschaften die Hauptrolle zu. Da ein Mißerfolg nicht nur diese, sondern dem Ganzen der Bewegung schadet, hat sich auch die ganze Partei für die Stärkung und den Ausbau der Syndikate verpflichtet. Von Parteiwegen ist neben anderen Maßnahmen auch die systematische und energische Propaganda zu Gunsten der Gewerkschaften beschlossen. Für das Wesentliche dieser Beschlüsse:

Alle Mandatäre und Propagandisten haben ihre Kräfte unangeteilt der Agitation zur Stärkung der Berufsorganisationen zur Verfügung zu stellen; die Agitationsversammlungen werden unter Mitwirkung der Gewerkschaftskommissionen und der Federationen vom Parteivorstand organisiert; als Tagesordnung ist zu setzen: Gewerkschaftsorganisation und allgemeines gleiches Wahlrecht; die niedrigen Löhne; Verkürzung der Arbeitszeit. Die Versammlungen werden berufsweise abgehalten, aber in allen Sektionen eines Berufs an ein und demselben Tage. Jede Gruppe hat ihre Beiträge zu einem Minimalsatz zu erhöhen und eine Widerstandskasse, Arbeitslosen- und Krankenunterstützung einzurichten; jedes Syndikat mit mehr als 500 Mitglieder hat einen ständigen Sekretär anzustellen; die kleineren haben sich zu diesem Behuf zu verschmelzen. Die Sekretäre haben vierteljährlich statistische Aufnahmen über die Zahl der Arbeiter, Organisierte und die Beiträge zu machen und sie dem Parteivorstand einzufenden; wird die Proklamation des Generalstreiks nötig, sind alle Berufsgruppen zu einem speziellen Kongress einzuladen, der darüber endgültigen Beschluß zu fassen und eventuell die Leitung in die Hand zu nehmen hat.

Einen Minimallohn hat der Rat der Provinz Hennegau für alle öffentlichen Arbeiten erlassen. Nach diesem ist der Minimallohn für die Arbeitsstunde, je nach Beruf, auf 30 bis 45 Cents festgesetzt für den Arbeiter, 27 Cents für den Helfer und 18 Cents für den jugendlichen Helfer (unter 17 Jahre). Leider fehlt in dem Tarif ein Pausus, der bestimmt, in welcher Verhältniszahl jugendliche, d. h. billige Arbeitskräfte angewendet werden dürfen.

Der Tarif muß auf den Bauplänen und an den von dem letzten Funktionär bezeichneten Stellen angeschlagen werden. Die Provinzverwaltung behält sich das Recht vor, sich jederzeit und durch

jedem ihr gut Scheinende Mittel zu überzeugen, ob diese Löhne auch tatsächlich gezahlt werden.

Jedes Versehen, besonders Unmachungen mit Zwischenweilern und Arbeitern, die auf Umgehung der Tarifbestimmungen hinauslaufen, sind verboten.

Allgem. Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter

Abrechnung der Hauptkasse pro April 1908.

Table with columns for location (e.g., Aachen, Altona, Armen) and monetary amounts.

Table with columns for location (e.g., Berlin, Braunschweig, Chemnitz) and monetary amounts.

Table with columns for location (e.g., Düsseldorf, Elberfeld, Eisenach) and monetary amounts.

Silanz: Einnahme ... 1151 896,65 Ausgabe ... 25 618,42

Literarisches. Ein neues Portrait von Karl Marx ist im Verlage der Wiener Volksbuchhandlung erschienen.

Telegramm! (Während des Drucks eingegangen.) Bremerhaven, 19. Mai, nachm. 3 Uhr 15 Min.

Inhalt von Nr. 21. 150 000. — Gewerkschaft und Reichstagswahl. — Aus der Schweiz. — Scharfmacherei.

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen. In allen Versammlungen werden Mitglieder ausgerufen.

Helmstedt. Samstag, 30. Mai, abends halb 9 Uhr, im „Eindenhof“.

Stuttgard. Freitag, 20. Mai, abds. halb 9 Uhr, bei John z. „Böcke“.

Alexander Schlicke & Co. Stuttgard, Rötterstraße 16 B. Die Buchdruckerei des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Zigarren! Reelle, billigste Bezugsquelle! Eisen- und Metallarbeiten.

Meinel & Herold. Harmonika-Gabriel, Klingenthal (Sachl.) Nr. 434 C.

Die geschätzten Leser bitten wir, bei Anträgen, Bestellungen von Zeitungen und bei Aufträgen stets auf die Metallarbeiter-Zeitung hinzuweisen.